

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS HEFT 36



20 JAHRE Kommunalpolitik in Leipzig

BILANZ UND AUSBLICK

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 36

**20 Jahre Kommunalpolitik
in Leipzig
Bilanz und Ausblick**

Beiträge der gemeinsamen Veranstaltung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. und des
Kommunalpolitischen Forums Sachsen e.V.
am 10. April 2010 in Leipzig

*Herausgegeben von
Dieter Janke und Joachim Tesch*

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
KOMMUNALPOLITISCHES FORUM SACHSEN
LEIPZIG 2011

ISBN 978-3-89819-353-5

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2011
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9608531 · Fax (0341) 2125877
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler
Redaktion & Satz: Lutz Höll
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort	5
<i>Hinrich Lehmann-Grube</i> : Eine Erfolgsgeschichte, durchsetzt mit Unverständnis und Enttäuschung	9
<i>Lothar Tippach</i> : Das Leipziger Modell – ein unkonventioneller Ansatz kommunaler Entscheidungsfindung	17
<i>Wolfgang Brinkel</i> : Von der Konfrontation zur Kooperation	27
<i>Heidemarie Lüth</i> : Kommunalpolitik zwischen Totalopposition und Veränderung	33
<i>Hans-Joachim Wienhold</i> : Über politische Bürgerinitiativen und Kommunalpolitik in Leipzig	39
<i>Michael Friedrich</i> : Herausforderungen an den Gesetzgeber zur Bewahrung kommunaler Handlungs- und Gestaltungsspielräume	49
<i>Ilse Lauter</i> : Leipziger Kommunalpolitik 2010 – Rückblick und Ausblick	59
<i>Anhang</i> – Ergebnisse der Kommunalwahlen in Leipzig 1990 - 2009	69
Autorenverzeichnis	75

Vorwort

Die Jahre 2009 und 2010 waren durch die vielfältigsten Initiativen zur Würdigung der historischen Zäsur vor zwanzig Jahren geprägt. In Folge der durch die seinerzeitigen sozialen und politischen Strukturen geschuldeten Abkehr vieler Bürger von der DDR, dem demokratischen Aufbruch sowie den Massendemonstrationen vom Herbst 1989 kam es 1990 schließlich zum Ende der deutschen Teilung und damit auch zum Ende der Nachkriegsordnung in Europa. Der Ausgang der Wahlen vom 18. März 1990, das Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli sowie der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik am 03. Oktober des gleichen Jahres waren historische Höhepunkte, die als Anlass für die vielfältigsten Formen des historischen Rückblickes aber auch für die Bilanzierung der damit initiierten ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen dienten. Ein augenfälliges Defizit hatten und haben jedoch die meisten der diesbezüglichen Feierlichkeiten, wissenschaftlichen Diskussionsforen und Publikationen: Der vor 20 Jahren erfolgte Umbruch im kommunalen Bereich der wiedererstandenen ostdeutschen Bundesländer blieb weitestgehend ausgeblendet bzw. wurde unterbelichtet. Dies ist umso bedauerlicher, als die Bewältigung der vielfältigen Alltagsprobleme, die mit dem Umbruchsprozess zwangsläufig für die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger verbunden waren, ohne funktionierende kommunale Strukturen und Verwaltungen kaum zu bewältigen waren. Bar jeglicher Erfahrungen mit der bundesdeutschen kommunalen Selbstverwaltung und Gesetzlichkeit starteten zudem die mit den ersten freien und geheimen Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 gewählten Volksvertreter, um auch das in den Städten und Gemeinden seit Monaten vorhandene politische Vakuum im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wieder auszufüllen. Der rasante Niedergang der Industrie in den Anfangsjahren und die bislang im Osten so nicht bekannten sozialen Belastungen durch steigende Arbeitslosigkeit waren dabei ebensolche Hypothesen, wie der desaströse bauliche Zustand in den Großstädten,

die Defizite in der öffentlichen Infrastruktur und die allerorten spürbaren Belastungen der Umwelt als Erbe der DDR.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. und das Kommunalpolitische Forum Sachsen e.V. haben die Würdigung des zwanzigsten Jahrestages des Umbruchs zum Anlass genommen, während eines Kolloquiums am 4. April 2010 mit ehemaligen und derzeitigen Akteuren der Leipziger Kommunalpolitik »Soll und Haben« der Entwicklung einer ostdeutschen Großkommune zu diskutieren, die nicht nur eine zentrale Rolle bei den demokratischen Aufbruchprozessen vom Herbst 1989 gespielt hat. Leipzig steht als größte kreisfreie Stadt Ostdeutschlands zugleich auch für die tiefe Widersprüchlichkeit, mit der sich hier in den vergangenen 20 Jahre die Angleichung der Lebensverhältnisse sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Städte und Gemeinden vollzogen hat. Unmittelbar wahrnehmbar ist die Verringerung der Umweltbelastungen. Auch die Rekonstruktion und Modernisierung der Infrastruktur und der Bausubstanz ist beispielgebend. Laut jüngsten Umfragen gehört die Stadt zu den attraktivsten Wohnungsstandorten, was sich nicht zuletzt auch in der Einwohnerzahl niederschlägt, die sich entgegen dem rückläufigen ostdeutschen Trend über der Marke von 500.000 Einwohner stabilisiert hat. Trotz der spektakulären Ansiedlungen von BMW, Porsche und DHL konnte jedoch die beispiellose Vernichtung des wirtschaftlichen Hinterlandes vom Beginn der neunziger Jahre bislang auch nicht annähernd ausgeglichen werden. Nicht zuletzt deshalb leidet Leipzig trotz eines Rückgangs in den letzten Jahren unter einer anhaltend hohen überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit. Die Folge sind wieder rückläufige durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen und eine zunehmende soziale Differenzierung, die auch für die Entwicklung einzelner Gebiete der Stadt nicht unproblematisch ist.

Auf diesem politischen und sozialen Hintergrund kam den Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen – dem Oberbürgermeister, den Stadträten und der Stadtverwaltung – eine besonders hohe, schwierig wahrzunehmende Verantwortung zu.

Das Kolloquium »20 Jahre Kommunalpolitik in Leipzig – Bilanz und Ausblick«, deren Beiträge in dem vorliegende Band zusammengefasst sind, wollte Erfahrungen einer vorwiegend sachorientierten Politik, die bei Entscheidungen zu wechselnden Kombinationen der Fraktionen, dem sogenannten Leipziger Modell, führten, zusammentragen. Erfreulicherweise konnten dazu auch der erfolgreiche Oberbürgermeister

der Anfangsjahre mit seiner pragmatischen Auffassung von politischer Macht – Hinrich Lehmann-Grube (SPD) – und der langjährige, allseits anerkannte Vorsitzende der PDS-Fraktion, Lothar Tippach, gewonnen werden. Zugleich sollten und sollen Anregungen für gegenwärtige und künftige kommunalpolitische Ansätze vermittelt werden. Zusätzlich wurde ein Beitrag aufgenommen, der einen Einblick in die vielfältigen außerparlamentarischen Aktivitäten in der Stadt vermittelt und so verdeutlicht, dass Kommunalpolitik nicht nur im Rathaus stattfindet.

Allen Akteuren, die durch die kooperative und unkomplizierte Zusammenarbeit zum Gelingen der Veranstaltung wie auch der vorliegenden Publikation einen Beitrag geleistet haben, gilt der Dank der Veranstalter wie auch der Herausgeber.

Dieter Janke und Joachim Tesch

Eine Erfolgsgeschichte, durchsetzt mit Unverständnis und Enttäuschung

Es war eine gute Idee der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in diesen Tagen an den kommunalpolitischen Neuanfang in Leipzig zu erinnern. Vor 20 Jahren, im Mai 1990, wurde ja nicht nur für die DDR, nicht nur für ganz Deutschland, sondern auch für die Stadt Leipzig ein neues Kapitel der Geschichte aufgeschlagen.

Ich will steil einsteigen und mit meinen ersten Beobachtungen beginnen. Ich kann mich dabei sehr kurz fassen. Denn was ich sah, haben Sie alle gesehen, wenn auch vielleicht nicht so scharf wie meine, nicht durch Gewohnheit abgestumpften Wessi-Augen. Der erste Eindruck von Leipzig war ein hohes Maß an Verfall, ja Zerstörung. Das galt für jegliche Bausubstanz und öffentliche Infrastruktur, für Privathäuser und öffentliche Bauten, für Straßen und Brücken, für Reichsbahn, Straßenbahn und Telefon. Die Luft in Leipzig roch schlecht und war sehr schmutzig. So war es auch mit dem Wasser, wo es als Kanal oder Flusslauf zu Tage trat. Die sogenannte Versorgungslage, also das Angebot in den Geschäften, fand ich ärmlich, aber auskömmlich. Restaurants gab es, hier und dort, sparsam über die Stadt verstreut. Die Bedienung wurde meist erbracht wie ein Gnadenerweis. Erst nach wenigen Wochen fiel mir auf, dass die Menschen anders gingen und anders sprachen, als ich aus Hannover oder Köln gewohnt war. Bedrückt schienen sie, wenig selbstbewusst, aber auch bescheidener in ihrem Auftreten und in der Art, sich zu äußern.

Diese Beobachtungen hätte ich vermutlich in jeder Stadt und jedem Dorf der früheren DDR anstellen können. Aber Leipzig war auch anders. Für den kundigen Blick war erkennbar, dass dies einmal eine schöne, eine reiche, eine sehr kultivierte deutsche Großstadt gewesen war. Erstaunlicherweise war eine Art kollektiver Erinnerung daran noch vorhanden. Ich sage erstaunlicherweise, weil die Bevölkerungsschichten, die einstmals den Rang Leipzigs begründeten, die Kaufleute, die Unternehmer, die Stadt in großer Zahl verlassen hatten. In den dreißiger Jahren hatte Leipzig ca. 720.000 Einwohner. 1990 waren es noch 500.000. Das ist

ein Verlust von 220.000 Einwohnern. Dieser Verlust, der quantitativ und qualitativ gewaltig ist, ist nach meiner Wahrnehmung nicht im allgemeinen Bewusstsein. Vielleicht trotzdem, vielleicht deswegen, war und bleibt Leipzig etwas Besonderes. Das war es auch für mich. Die ganze Anlage der Stadt, die kompakte Innenstadt, das Niveau der kulturellen Einrichtungen, waren Zeugen einer bedeutenden, geistig-kulturell lebendigen Großstadt.

Die Rolle der Stadtverwaltung im System des Staatsaufbaus veränderte sich mit der Wahl am 6. Mai radikal. In der alten DDR war eine Stadtverwaltung ein örtliches Staatsorgan, in allen Angelegenheiten weisungsgebunden, eben eine nachgeordnete Behörde. Von Selbstverwaltung gab es keine Spur. Mit der neuen Rolle als kommunale Selbstverwaltung konnte ich gut umgehen. Damit war ich beruflich groß geworden. Aber mehr als einmal musste ich einem Bezirk deutlich sagen, dass er der Stadtverwaltung nichts anzuweisen habe.

Ebenso radikal veränderten sich mit der Vereinigung ab 3. Oktober die Aufgaben der Stadt. Dafür als Indiz nur zwei Zahlen: Im Juni hatte die Stadt ca. 4.000 Beschäftigte. Im Januar 1991 warten es dann 22.000! Alle Kulturinstitutionen, Jugend- und Sozialeinrichtungen, Schulen, Meldebehörden, um nur Weniges zu nennen, die bis dahin anderen Verwaltungszweigen zugeordnet waren, gehörten nach neuem Recht zur Stadtverwaltung.

Woran haben wir nun gearbeitet, an welchen Aufgaben, welchen Problemen? Nur eine sehr kurze Zusammenfassung kann ich hier geben, wo eigentlich zu jedem Stichwort ein eigener Vortrag nötig wäre.

- *Messe*: Die Stadt Leipzig wurde, neben dem Freistaat Sachsen, mit 50 Prozent Eigentümer und Gesellschafter der Messe. Wir beschlossen die Verlagerung in den Nordosten der Stadt und planten und bauten dort das neue Messegelände, eingepasst in ein völlig neues Netz von Straßen, Eisenbahn- und Straßenbahnlinien.
- *Wohnungen*: Es herrschte bittere Wohnungsnot in Leipzig. Wir debattierten wohnungspolitische Konzepte, Standorte und Sanierungskonzepte. Der Name von Karl Trabalski darf hier nicht fehlen, der als alleiniger Geschäftsführer der Leipziger Wohnungsbaugesellschaft (LWB) in einer Mischung von Tatendrang und Cäsarenwahn Wohnungen sanierte, ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse, und damit die LWB an den Rand des Ruins brachte.

- *Elektrizität und Gas*: Jahrelang habe ich zusammen mit Michael Weber gekämpft, schließlich erfolgreich, um der Stadt Eigentumsrecht und Mehrheit an den Stadtwerken zurückzugewinnen.
- *Stadtplanung*: Mit Nils Gormsen als erfahrenem Stadtbaurat haben wir allen Angriffen und Versuchungen zum Trotz die Innenstadt in Proportion und Struktur erhalten und ausbauen können. Und: Leipzig war die erste Stadt in den neuen Bundesländern, die für das ganze Stadtgebiet einen neuen Flächennutzungsplan aufstellte. Das war ein wichtiges Ordnungselement in der beginnenden stürmischen Bauphase.
- *Bildermuseum*: Als die Verlagerung des Bundesverwaltungsgerichts nach Leipzig beschlossen war und damit feststand, wir müssten mit unserem alten Bildermuseum das Gebäude des Reichsgerichts räumen, war die Stadtverordnetenversammlung so weitsichtig, einen Museumsneubau zu planen und für dessen Finanzierung eine auskömmliche Sonderrücklage zu bilden.
- *Kindergärten und Schulen*: Sie mussten saniert, einige mussten geschlossen werden. Damals ist mir Wolfgang Tiefensee aufgefallen, der mit Mut und Geschick die schwierigen Verhandlungen mit den Eltern führte.

Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung mussten in all diesen Aufgaben eng zusammenarbeiten. Das dafür notwendige Regelwerk war bald geschaffen. Dabei half mir meine frühere Erfahrung. Aber Geist und Atmosphäre dieser Zusammenarbeit waren nicht durch Regeln zu erlangen. Friedrich Magirus als erster Stadtpräsident, Elfriede Queitsch, Prof. Dieter Michel und letztlich ich als Chef der Verwaltung haben in jener Zeit ausgezeichnet zusammengearbeitet.

Während dessen, beginnend schon Ende 1990, sich fortsetzend bis 1993, brachen große Teile der Leipziger Wirtschaft zusammen. Es traf besonders die für Leipzig prägende Großindustrie. Ich nenne nur Namen wie Pittler-Tornos, Horsta-Hydraulik, Gisag, Bodenbearbeitungsräte, Kugel- und Rollenlagerwerk. Leipzig verlor in den ersten Jahren nach der Vereinigung ca. 100.000 Industriearbeitsplätze.

Man kann zusammenfassen: Im Sommer 1990 waren die Menschen in Leipzig aufgeregt, voller Hoffnungen und hohen Erwartungen – zu hohen Erwartungen. Ein halbes Jahr später folgte der Absturz in Enttäuschung und Existenzangst.

Nun kommt ein Seitenwechsel, von Leipzig und der DDR nach dem Westen. Das Bild ist im Positiven wie im Negativen sehr gemischt. Einerseits erlebten wir große Hilfsbereitschaft bei unseren Partnerstädten Hannover und Frankfurt am Main wie auch beim Deutschen Städtetag. Auch einzelne Verwaltungsbereiche wie die Arbeitsverwaltung oder die Träger der Sozialversicherung vollbrachten große Leistungen beim Aufbau der neuen Strukturen. Besonders lobend erwähne ich die Bundeswehr, die mit psychologischen Geschick und fester Hand die frühere Feindesarmee, die NVA, teils integrierte, teils auflöste, ohne dass es zu spürbaren Erschütterungen gekommen wäre. Ich sah damals und sehe noch heute darin eine Meisterleistung.

Aber andererseits fehlte in der Bonner Politik, quer durch die politische Klasse und alle Parteien, der Wille oder die Fähigkeit, den am 3. Oktober beginnenden Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten kraftvoll zu gestalten. Es fehlte die Bereitschaft, Neues zu denken. Es herrschte der Aberglaube an die heilenden Kräfte des Marktes, Blindheit gegenüber seinen zerstörerischen Kräften. Der Zusammenbruch der DDR-Staatswirtschaft war im Grunde schon eingetreten, wie man noch heute im sogenannten Schürer-Bericht nachlesen kann. Aber die wirtschaftlichen und sozialen Schäden hätten durchaus gemildert werden können. Es fehlte, von Ausnahmen abgesehen, am Verständnis für die sozialen und individuellen Folgen des Zusammenbruchs. Von Schiller stammt der Spruch: Der große Moment findet ein kleines Geschlecht. Unter dieser Haltung der Bonner Politik habe ich in den ersten beiden Jahren richtig gelitten.

Es blieb nicht so, Gott sei Dank! Es gab einen großen Personaltransfer, angeregt durch die vielgelästerte Buschzulage. Es gab einen Finanztransfer gewaltigen Ausmaßes, mit Solidarpakt I und II. Das waren große politische Leistungen.

Sie wurden – nach meinem Eindruck – von der Bevölkerung in Ostdeutschland nicht genügend erkannt und gewürdigt.

Hier mache ich eine Zäsur, um etwas Methodisches einzubringen. Bisher habe ich mich bewusst darauf beschränkt, das zu berichten, was ich damals wahrgenommen habe, durch eigenes Tun oder Erleben, durch Gespräch oder Beobachtung. Aber erst im Laufe der Zeit werden Zusammenhänge deutlich, kann man das Erlebte mit später Gelesenem und Gehörten in Verbindung bringen. Die Erinnerung an Einzelnes verblasst, schwindet manchmal gänzlich. Meine Frau hat mit Sorgfalt Tagebuch

geführt, acht Jahre lang, und die Aufzeichnungen über das erste Jahr als Buch veröffentlicht.

Beim Lesen habe ich oft darüber gestaunt, was wir erlebt und wie wir es gesehen haben. Im Rückblick dünkt man sich viel klüger als im Augenblick des Erlebens. Man hat viel gelesen, von Anderen Erlebtes aufgenommen und verarbeitet, viele Einzelheiten vergessen. Darum will ich jetzt rückblickend, deutlich abgesetzt vom selbst Erlebten, mitteilen, was mir nach 10, 15, 20 Jahren zu Ostdeutschland und zu Leipzig erwähnenswert erscheint.

1. Man kann die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die deutsche Einheit ein Geschenk nennen. Das klingt sehr positiv, ist aber nicht so gemeint. Man kann sie auch ein unverdientes Geschenk nennen. Das trifft besser. Ich will den Mut der friedlichen Revolutionäre nicht klein reden. Sie haben meine größte Hochachtung. Aber es waren wenige. Verglichen mit den Anstrengungen, Opfern und Umwälzungen in Polen und Ungarn, in der CSSR und der Sowjet-Union war der Aufwand gering, mit dem die alte DDR zum Zusammenbruch gestoßen wurde. Wie auch immer: Geschenkt ist und bleibt geschenkt.
2. In der Zeit vor dem Oktober 1989 und auch danach bis heute war das Interesse der Bevölkerungen im einen Teil Deutschlands am jeweils anderen Teil völlig unterschiedlich. Für DDR-Bürger war der Westen ungeheuer interessant, beladen mit Erwartungen, gleichsam das gelobte Land, reich und mit richtigem Geld. Für die Bürger der alten Bundesrepublik war die DDR überhaupt nicht interessant. Otto Normalverbraucher hatte keine Erwartungen an die DDR, weder politisch noch wirtschaftlich, weder in der Wissenschaft noch kulturell. Diese Haltung wirkt fort. Das ist für die Bürger Ostdeutschlands ärgerlich, ja verletzend, aber es ist so.
3. Im Jahre 1990 hatten sich die alte Bundesrepublik und die DDR viel weiter auseinanderentwickelt, als allgemein angenommen wurde. Das betraf nicht nur das politische System und die Wirtschaft. Das betraf alle Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens, also Bildung auf allen Stufen, vom Kindergarten bis zur Hochschule; das Rechtswesen; die Haltung des Bürgers gegenüber Staat und Obrigkeit. Diese tiefen Unterschiede wirken fort. Sie werden sich erst in Generationen abflachen. Der eine oder andere wird das erschreckend finden. Ich

erinnere jedoch daran, dass im alten Deutschland die Unterschiede zwischen Nord und Süd, zwischen Preußen und Bayern, fast 100 Jahre gedauert haben und hier und da immer noch spürbar sind. Es braucht Geduld und langen Atem mit dem Zusammenwachsen. Man soll es mit der Einheit auch nicht übertreiben. Unterschiede müssen bleiben. Sie sind eine Bereicherung und in Deutschland eine gute kulturelle Tradition.

4. In Westdeutschland weitgehend unverstanden ist die Tatsache, dass in Ostdeutschland etwa 75 Prozent der Bevölkerung entwurzelt wurden, nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch in ihrem sozialen Rang und ihren Wertvorstellungen. Hier ist, im Westen kaum wahrgenommen, eine fabelhafte Anpassungsleistung vollbracht worden. Sie ist noch nicht abgeschlossen. Das ist auch eine Frage des Alters. Aber sie hat vielen Bürgern einen Zugewinn an Lebenserfahrung gebracht, den sie nutzen können und mit großer Wahrscheinlichkeit auch nutzen werden.

Noch einmal zu Leipzig, aber nicht zu damals, sondern zum Jetzt, zu seiner Gegenwart und Zukunft.

Am wenigsten zufrieden bin ich mit der Wirtschaft. Trotz vieler Erfolge beim Wiederaufbau und bei der Ansiedlung: Dresden und Chemnitz haben uns mit den wirtschaftlichen Messdaten längst überholt. Die Arbeitslosigkeit in Leipzig ist nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Die Verbundnetz Gas AG ist das einzige eigenständige Großunternehmen. Und ein Mittelstand, soweit überhaupt vorhanden, wächst sehr langsam. Hier und da höre ich von schlaun Kommentatoren, dieser Zustand, diese Unterentwicklung der industriellen Basis, habe seine Ursache darin, dass die Stadtpolitik ab 1990 auf die Entwicklung der Stadt als Dienstleistungsstandort gesetzt habe. Das ist falsch! Die Kommentatoren zeigen damit, dass sie entweder nicht begriffen haben, welcher Art der wirtschaftliche Zusammenbruch seit 1990 war, oder dass sie schlicht in alter Denkweise befangen sind. Ein Staat oder eine Stadt können eine Wirtschaft nicht machen. Sie können beeinflussen, helfen, locken, werben, ordnen, aber sie können die Wirtschaft nicht machen. Was wir in Leipzig derzeit erleben, sind die Folgen eines Zusammenbruchs, der viel tiefer und gründlicher war als in Dresden oder Chemnitz. Leipzig hat, wie bereits gesagt, ca. 100.000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren. Es kann noch lange dauern und bedarf großer Anstrengungen nicht nur der Stadt sondern

vor allem der Akteure der Wirtschaft, um diese Verluste aufzuholen oder auszugleichen.

Die vielen öffentlichen Leistungsträger, von der Stadtpolitik über die Gerichte und die Schulen bis zu den Versorgern mit Gas, Elektrizität, Wasser und öffentlichem Personennahverkehr arbeiten normal und gut. Man hat sich daran gewöhnt. Eine Katastrophe wie unlängst bei den Kommunalen Wasserwerken (KWL) ist zwar ein schwerer Schaden für die Stadt, ist mir auch ganz unverständlich, aber auch völlig untypisch.

In den Wissenschaften, also mit der Universität und den Hochschulen sowie mit den hier ansässigen Forschungseinrichtungen rückt Leipzig langsam ins Mittelfeld der deutschen Großstädte. Die Universität, die mit Abstand größte Ansammlung von geistigem Potential, sollte und könnte viel mehr als bisher ein integraler Bestandteil des Stadtlebens sein. Sie ist in der Stadt, aber sie lebt nicht mit der Stadt. Andere Hochschulen, die Bundeswehr und das Bundesverwaltungsgericht, sind darin vorbildlich.

Schließlich zur Kultur: Auch wenn ich damit Eulen nach Athen trage, d. h. Ihnen Wohlbekanntes mitteile, sage ich trotzdem: Einen herausragenden Rang unter den Elementen des Stadtlebens nimmt die Kultur ein. Damit meine ich Kultur im weiten Sinne und in fast allen Zweigen. Gewandhausorchester und Chailly sind ganz oben. Das weiß jeder. Aber daneben und darunter wächst und blüht es von Amarcord und Calmus, von Nato und Werk II, von Leipziger Streichquartett und Salonorchester. Das Literatur-Festival »Leipzig liest« im Zusammenhang mit der Buchmesse ist einmalig. Die Spinnereistraße als Schaffensort für moderne bildende Kunst ist meines Wissens ohne Geld und Stütze der öffentlichen Hand entwickelt worden.

Noch lange könnte ich so fortfahren. Aber ich will Sie ja nicht langweilen mit etwas, was Ihnen bekannt ist. Den Rang der Kultur betone ich, weil er überleitet zu dem, was mir in der Gegenwart und für die Zukunft am Wichtigsten ist. Leipzig ist attraktiv, und Leipzig wächst! Die Attraktivität ist aus vielen Elementen gebildet, aus Stolz und Eigensinn der Bewohner, aus urbaner Lebensform und aus dem Reichtum und der Vielseitigkeit des kulturellen Lebens. All dies und viel mehr – alles nicht messbar – macht Leipzig anziehend. Und darum wächst Leipzig, ganz gegen den Trend.

Sie merken, ich bin sehr zuversichtlich, was die Entwicklung von Leipzig angeht. Und ich hoffe, mir und meiner Frau sind noch einige Jahre des Lebens in dieser schönen, lebendigen Stadt vergönnt.

Das Leipziger Modell – ein unkonventioneller Ansatz kommunaler Entscheidungsfindung

Bis in die jüngste Zeit wird der kooperative Politikstil, der auch Leipziger Modell genannt wird, wechselweise beschworen und andererseits für alle kommunalpolitischen Todsünden verantwortlich gemacht. So war am 25. Februar 2010 im Leitartikel der »Leipziger Volkszeitung« zu lesen: »Zu befürchten ist, dass sich das Klima im Stadtrat deutlich verschlechtern wird. Das Leipziger Modell, die parteiübergreifende Orientierung an Sachthemen ist damit endgültig beerdigt. Dabei käme es gerade jetzt, angesichts der Millionenforderungen durch das Wasserwerke-Debakel, erst recht darauf an, gemeinsam Schaden von der Stadt abzuwenden.«¹ Vier Wochen später schrieb der gleiche Autor: »Zweitens wird deutlich, dass es mit der von SPD-Oberbürgermeister Burkhard Jung in jüngster Zeit wiederholt gepriesenen neuen Qualität der Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg nicht weit her ist. Was allerdings nicht automatisch von Übel sein muss. Gekungelt wurde in Leipzig oft und lange genug. Wenn künftig die Parteien bei Sachthemen deutliche, durchaus kontroverse Positionen artikulieren sowie dafür Mehrheiten suchen müssen, anstatt einem die Konturen verwischenden Konsens zu huldigen, können die Wähler endlich wieder unterscheiden...«² In beiden Fällen handelte es sich um den gleichen Entscheidungsgegenstand, die Neubesetzung der Stelle des Finanzbürgermeisters. Wesentliche Vorbehalte gegen das Leipziger Modell werden benannt, u.a. Beförderung von Kungelei, Filz und inhaltlicher Profillosigkeit der Parteien. Im Übrigen wurde das Leipziger Modell so oft totgesagt, dass der Spruch gelten kann: »Totgesagte leben länger!«

Was ist das Leipziger Modell jenseits aller Legenden?

1 Ulrich Milde: Blamage für Leipzig. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 25.02.2010. S. 1.

2 Ulrich Milde: Bonew ohne Vertrauensvorschuss. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 25.03.2010. S. 1.

Zeller, der sich bereits in den frühen 90iger Jahren wissenschaftlich damit beschäftigt hat, beschreibt diesen Politikstil wie folgt: »Das Leipziger Modell ... zielte darauf ab, in jeder Personal- oder Sachfrage über Parteigrenzen hinweg eine möglichst breite Mehrheit zu schaffen.«³ Die Bildung fester Koalitionen war nicht vorgesehen. Er ordnete diesen kooperativen Politikstil in den Typ der Konkordanzdemokratie ein.

Ein Zusammentreffen verschiedener Faktoren prägte diesen Politikstil. Die 1990 gewonnene kommunale Selbstverwaltung war ein Gewinn an Demokratie. Damit ist beschrieben, dass in der DDR die Ansätze demokratischer Kommunalautonomie, wie sie noch in der Verfassung von 1949 ihren Niederschlag fanden, niemals zu einer gemeindlichen Selbstverwaltung entwickelt worden sind. Das verkündete Prinzip des demokratischen Zentralismus hat in der Praxis zur Deformation aller Ansätze kommunaler Autonomie geführt. Zunehmend verstärkten sich in der Gesellschaft Diskussionen und Forderungen nach grundlegenden Veränderungen. Die vor allem von der Bürgerrechtsbewegung der DDR eingeleiteten Demokratisierungsprozesse mündeten letztlich in den Runden Tischen. Im Ergebnis der ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 wurden 128 Stadtverordnete gewählt. Es war eine durch die Runden Tische beförderte Aufbruchstimmung. Diese traf auf die langjährigen kommunalpolitischen Erfahrungen des ehemaligen Oberbürgermeisters Dr. Lehmann-Grube mit einer »Parteiherrschaft«, die auf festen Koalitionen gegründet ist, wie er anlässlich einer Diskussion in der »Leipziger Volkszeitung« im März 2004 bemerkte.⁴ Er führte weiter aus: »Ich beobachte einen immer tiefer gehenden Vertrauensverlust zwischen Bürgerschaft und Politik. Ideen und Reformen werden blockiert.« Man orientiere sich statt an Sachfragen eher daran, ob eine Entscheidung der eigenen Partei schadet oder nützt. Beide Faktoren begründeten das Leipziger Modell. In der Stadtverordnetenversammlung überwog der Wille, die Probleme der Transformation gemeinsam zu lösen. Und es waren erhebliche Aufgaben, die vor dem Oberbürgermeister, den Stadtverordneten und der Verwaltung standen.

³ Frieder Zeller: Das Leipziger Modell. In: Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 8/1994. S.720. Dr. Frieder Zeller, heute Landrat im Landkreis Weilheim-Schongau (Freistaat Bayern), war bis 1996 u.a. in Leipzig und hat das »Leipziger Modell« aus politikwissenschaftlicher Sicht untersucht. Er war von 1994 bis 1996 Stadtrat der SPD-Fraktion.

⁴ Thomas Müller: Lehmann-Grube: Leipziger Modell schließt Kontrolle nicht aus. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 17.05.2004.

Die erste Wahlperiode von 1990 bis 1994 hat eine Schlüsselstellung. Sie war nicht nur eine Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs und der Neuorientierung. Es mussten in kürzester Zeit Entscheidungen durch die Stadtverordneten gefällt und umgesetzt werden, die von immenser Tragweite waren und deren Wirkung bis heute reicht. So sind u.a. zu nennen, neben der Verlagerung des Messegeländes an den Stadtrand und der Beschlussfassung zur »Entwicklung des alten Messegeländes«, die Quelleansiedlung, der Beschluss des Flächennutzungsplans, das »Wohnungspolitische Konzept«, die Entscheidungen zu der Zukunft der städtischen Unternehmen, wie Stadtwerke, Kommunale Wasserwerke, Leipziger Verkehrsbetriebe, Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft und andere. Von großer Bedeutung waren auch die Sondersitzungen der Stadtverordneten zur Hochschulentwicklung im Februar 1992, zur »Industrieentwicklung in der Wirtschaftsregion Leipzig« Ende 1992 und zu weiteren wichtigen Themenkreisen. Alles wurde durch eine ausgeprägte Haushaltskrise, die Neuausrichtung der Verwaltung und ihrer Strukturen und einem erheblichem Personalabbau begleitet. Unter diesen Bedingungen war ein Höchstmaß an Konzentration auf die Sache erforderlich. Zu bedenken ist dabei, dass die Stadtverordneten keine kommunalpolitischen Erfahrungen hatten und sich in das bundesdeutsche Rechtssystem einarbeiten mussten. Die Sache trat zwangsläufig vor Parteiinteressen. Im Ergebnis dessen wurde von Zeller berechtigt festgehalten: »Viele ostdeutsche Großstädte wurden in der abgelaufenen Legislaturperiode [1990-1994 – L.T.] von Skandalen erschüttert, fast überall sind Dezernenten oder gar Oberbürgermeister wegen Unfähigkeit abgelöst worden ... Leipzigs Stadtpolitik hingegen zeichnet sich durch Stabilität und Geradlinigkeit aus; beides, Ordnung und Marschrichtung, geht auf den sozialdemokratischen Oberbürgermeister, Hinrich Lehmann-Grube, und die von ihm etablierte politische Kultur, das *Leipziger Modell* zurück.«⁵ Es war ein Glücksfall für Leipzig, dass Dr. Lehmann-Grube als Oberbürgermeister gewonnen werden konnte.

In der Folge wird das Leipziger Modell unter dem Aspekt seiner Einordnung in die Demokratietypen näher betrachtet. Aus systematischen Gründen soll das Schema von Holtkamp⁶ verwandt werden, wobei die

5 Frieder Zeller: Das Leipziger Modell. S. 719.

6 Lars Holtkamp: Erneuerung der Parteien von »unten«? Zum Verhältnis von Lokalparteien und Kartelleparteien. Vortrag bei der Jahrestagung des Arbeitskreises »Parteienforschung« der DVPW am 4./5. Oktober 2007. S. 8.

Konzentration auf die so genannte Regierungsphase erfolgt. Das Leipziger Modell wird nur in dieser Phase wirksam (vgl. Abb.)

Im Leipziger Modell war die *personelle Parteilitisierung* von Rat, Oberbürgermeister und Verwaltung ausgeprägt. Vor allem die Oberbürgermeister wurden als die Repräsentanten ihrer Partei angesehen.

Die *exekutive Führerschaft* war im starken Maße ausgeprägt. Das ergab sich aus einer Reihe von Faktoren. Zeller vermerkt hierzu: »Durch die rasche Entscheidungsfindung konnten Oberbürgermeister und Verwaltung ihre strukturell ohnehin bestehende Übermacht ausbauen und den Stadtverordneten, die 1990 überwiegend politische Anfänger waren, die Entscheidung diktieren.«⁷ Das mag sehr zugespitzt klingen. Traf aber den Kern, weil die Entwicklungsrichtung zwar problembestimmt war, jedoch die Art und Weise der Problemlösung durch den Oberbürgermeister und die Verwaltung weitgehend vorbestimmt wurde. Nur so konnte das notwendige Entwicklungstempo gewährleistet werden. Alternative Ansätze aus den Fraktionen, so sie überhaupt formuliert wurden, hatten kaum eine Chance. Das liegt im Wesen der Konkordanz, weil jede abweichende Meinung als Störfaktor bewusst oder unbewusst bewertet wird.

Ein wichtiges Gegengewicht zur exekutiven Führerschaft war durch die Funktion des Stadtpräsidenten gewährleistet, der der Stadtverordnetenversammlung vorstand. Er konnte jedoch die starke Position des Oberbürgermeisters nicht ausgleichen. Dennoch wurden die Stadtverordnetenversammlung und der spätere Stadtrat zunehmend zu einem Ort der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Dafür lassen sich viele Beispiele finden. Herausgehoben wird an dieser Stelle die Entscheidung zur Verlagerung des Messegeländes.

Mit Beginn der zweiten Wahlperiode 1994 trat die Sächsische Gemeindeordnung in Kraft, die die Kommunalverfassung der DDR ablöste. Folge war u.a. die Direktwahl des Oberbürgermeisters und der Wegfall der Funktion des Stadtpräsidenten. Der Oberbürgermeister wurde nicht nur Verwaltungschef, sondern stand auch dem Stadtrat vor. Damit wurde die Stellung des Oberbürgermeisters weiter gestärkt. Zugleich agierten die Fraktionen zunehmend selbstbewusster, brachten eigene Konzepte und Lösungsvorschläge in die Diskussion ein.

7 Frieder Zeller. Das Leipziger Modell. S. 721.

*Einordnung des Leipziger Modells in die Extremtypen repräsentativer
Demokratie auf kommunaler Ebene*

	<i>Konkurrenzdemokratie</i>	<i>Konkordanzdemokratie</i>	<i>Einordnung des Leipziger Modells</i>
Nominierungsphase innerparteiliche Selektionskriterien	Bewährung in der Parteiarbeit	soziales Ansehen (bzw. zumindest keine starke Bewährung in der Parteiarbeit)	-
Wahlkampfphase Wahlkampfstrategie	starke Parteiorientierung	starke Kandidatenorientierung	-
Wahlphase Wahlverhalten	starke Parteiorientierung; niedrige Stimmenanteile von Wählergemeinschaften	starke Kandidatenorientierung; hohe Stimmenanteile von Wählergemeinschaften	-
Regierungsphase personelle Parteipolitisation von Rat, Bürgermeister und Verwaltung	stark ausgeprägt	schwach ausgeprägt	ausgeprägt
exekutive Führerschaft	schwach ausgeprägt	stark ausgeprägt	stark ausgeprägt
prozedurale Parteipolitisation	hohe Verflechtung zwischen Mehrheitsfraktion und Verwaltung Mehrheitsregel im Rat geschlossenes Abstimmungsverhalten der Fraktionen	geringe Verflechtung Einstimmigkeitsregel im Rat weniger geschlossenes Abstimmungsverhalten der Fraktionen	hohe Verflechtung Mehrheitsregel weniger geschlossenes Abstimmungsverhalten der Fraktionen
inhaltliche Parteipolitisation	stark ausgeprägt	schwach ausgeprägt	zunehmend ausgeprägter

Es gab eine hohe *Verflechtung des Führungspersonals mit ausgewählten Fraktionen*, die in der ersten Wahlperiode eine Art informelle Koalition bildeten (Fraktionen der CDU, SPD und B 90 bzw. B 90/Die Grünen). Später, bis einschließlich der Wahlperiode 1999 bis 2004, betraf das vor allem die Fraktionen der SPD und CDU.

Das *Abstimmungsverhalten* vollzog sich nach der Mehrheitsregel. Vor allem bei wichtigen Entscheidungen mit erheblicher Öffentlichkeitswirksamkeit, wie bei der Verlagerung des Messegeländes, gab es fraktionsübergreifend sehr unterschiedliche Voten.

Die *inhaltliche Parteipolitisierung* war in den Anfangsjahren weniger ausgeprägt. Zeller schätzt ein: »Das lokale Politiksystem war gegen Störungen von außen und die Hektik der demokratischen Anfangszeit stabil ...«⁸ Das hat sich jedoch in den letzten Wahlperioden in dem Maße verändert, in dem Parteipolitik in den Rat hineingetragen wurde und eine teilweise Ideologisierung von Kommunalpolitik spürbar war. Dieser Prozess wurde vor allem von einzelnen Stadträten als Repräsentanten ihrer Fraktionen betrieben. Dies betraf den Zeitraum ab 1999. Oftmals standen nicht mehr die Sache, sondern die eigene Profilierung und der Kampf um die Macht im Vordergrund.

Auch wenn zu keiner Zeit feste Koalitionen (Koalitionsverträge) bestanden, gab es vor allem von der CDU-Fraktion bis in die jüngste Zeit immer wieder Drängen in dieser Richtung. Letztlich scheiterte das Vorhaben an der CDU selbst, weil sie immer wieder sowohl Regierung und Opposition in einer Funktion sein wollte.

Ab 1990 bestand eine informelle (ohne Koalitionsvereinbarung) regierende Koalition zwischen den Fraktionen der SPD, CDU und B 90. Nach den Kommunalwahlen 1994 wurden Gespräche der Fraktionsvorstände der SPD- und CDU-Fraktionen, zeitweise auch mit dem Oberbürgermeister, über Grundfragen der Zusammenarbeit in der Wahlperiode 1994 bis 1999 geführt. Es wurden die gemeinsam getragenen Schwerpunkte und Lösungsansätze sowie die Dissenspunkte fixiert. Festgehalten wurde, dass es keine bindende Vereinbarung im Sinne einer Koalitionsvereinbarung gibt. Diese Vorgehensweise wurde nach der Kommunalwahl 1999 fortgesetzt. Es wurde eine entsprechende Vereinbarung zwischen beiden Fraktionen abgeschlossen, die in der »Leipziger Volkszeitung« so kommentiert wurde: »Unterm Strich steht ein Papierchen ohne großen prak-

8 Ebenda. S. 720f.

tischen Wert. Damit dürfte es bei wechselnden Mehrheiten in den meisten Abstimmungen bleiben. Mit diesem Modell lässt sich leben, weil es konstruktive Debatten und die Suche nach einvernehmlichen Lösungen befördert. Die SPD-Fraktion und OBM Wolfgang Tiefensee, die darauf gesetzt haben, können einen Punktsieg verbuchen.«⁹

Oberbürgermeister Tiefensee erklärte in seiner Rede zur konstituierenden Sitzung der Ratsversammlung am 8. September 1999: »Der jeweilige Stadtrat der anderen Fraktion war nicht der Feind, sondern der Konkurrent um das bessere Argument ... Demokratie ist ein Prozeß, kein Zustand. Parteien sind keine Armeen, Parlamente keine Exerzierplätze. Eine richtig verstandene Konkurrenz, eine offene und öffentliche Austragung der unterschiedlichen Argumente befruchtet unsere politische Kultur.«¹⁰ Später stellte er klar, dass es keineswegs um wechselnde Mehrheiten ginge: »Leipziger Modell – darunter verstehe ich den Umgang der verbündeten Fraktionen mit der Minderheit im Stadtrat, deren Vorschläge ernst genommen und bei Entscheidungen einbezogen werden.«¹¹ Verbündete Fraktionen waren für ihn immer die Fraktionen der SPD und der CDU. Ab 2004 gab es keine dieser Gesprächspapiere mehr. Es bestand im Stadtrat die Möglichkeit anderer Mehrheiten, die vor allem auch die Haushaltsmehrheit als wichtigstes Element einer stabilen, zuverlässigen kommunalpolitischen Führung sichern konnte. Exemplarisch dafür steht, dass der Nachtragshaushalt 2005, der aufgrund kurzfristiger Entscheidungen der Landesregierung erforderlich wurde, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den Stimmen der PDS-Fraktion beschlossen wurde. Damit wurde die Handlungsfähigkeit der Stadt bewahrt.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass vor allem in den letzten Jahren die politische Kultur des sachorientierten Meinungsstreits und der Entscheidungsfindung durch einen parteipolitisch, interessengesteuerten Stil erheblichen Schaden genommen hat. Immer wieder wurde insbesondere im Zusammenhang mit den Personalentscheidungen zur Besetzung von Bürgermeisterstellen die »rot-rote Gefahr« beschworen.

9 Thomas Müller: SPD-CDU-Papier: Zusammenarbeit, aber keine Koalition. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 16.05.2000.

10 Rede des Oberbürgermeisters Wolfgang Tiefensee zur konstituierenden Sitzung der Ratsversammlung am 8. September 1999. In: Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Stadtrats vom Mittwoch, dem 8.09.1999.

11 Mathias Orbeck: OBM Tiefensee: Leipziger Modell ist weder lebendig noch tot. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 26.05.2004.

Oberbürgermeister Jung gab in seiner Rede zur konstituierenden Sitzung des Stadtrats am 11. November 2009 sein Bekenntnis zu einer fairen Kooperation mit allen demokratischen Parteien ab und führte weiter aus: »Er sei zutiefst davon überzeugt, dass alle demokratischen Parteien im Stadtrat die gute Entwicklung der Stadt Leipzig als ihr Grundanliegen begreifen. Dieses Vertrauen sollte das Verhalten aller Beteiligten zueinander prägen, dieses Wissen sollte verbinden bei der Lösung der enormen Sachprobleme.«¹² Es bleibt abzuwarten, ob diesem Anspruch durch den Oberbürgermeister und die im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien Rechnung getragen wird. Es wäre wünschenswert und dringend geboten.

Im Rückblick ist zu erkennen, dass es in der politischen Praxis eine idealtypische Zuordnung des Leipziger Modells zu den Typen der Konkordanzdemokratie (Kooperation zwischen allen im Rat vertretenen Parteien) bzw. Konkurrenzdemokratie (feste Koalition und Opposition) nie gab. In Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Stimmungslage schlug das Pendel in die eine oder andere Richtung stärker aus. Wichtig ist die Entwicklungstendenz. Diese ging eindeutig in Richtung eines kooperativen Politikstils.

Einige Gedanken zur Stellung der Fraktion der PDS/Demokratischer Frauenbund bzw. ab der Wahlperiode 1994 bis 1999 der Fraktionen der PDS bzw. Linksfraktionen zum Leipziger Modell. Es soll aus der persönlichen Sicht der Verfassers die Frage beantwortet werden: Warum haben wir uns darauf eingelassen?

Die Mitglieder der Fraktion PDS/Demokratischer Frauenbund wurden nach 1990 als die Schmuttelkinder, die Ungeliebten angesehen. Uns wehte ein kalter Wind der politischen Ausgrenzung entgegen. Wir hatten zwei Möglichkeiten: Fundamentalopposition oder eine sachorientierte, inhaltliche Arbeit aus einer konstruktiven Opposition heraus. Für letzteres haben wir uns entschieden. Zeller schätzte ein: »In Leipzig näherte sich die PDS im Laufe der Zeit dem Leipziger Modell der sachorientierten Abstimmung, sie blieb aber die einzige wirkliche Opposition im Stadtparlament.«¹⁵ Von dort bis zur Zielsetzung einer alternativen Gestaltungspartei mit Verantwortungsübernahme war es ein weiter Weg.

12 Rede des Oberbürgermeisters Burkhard Jung zur konstituierenden Sitzung der Ratsversammlung am 11. November 2009. In: Niederschrift der 1. Sitzung der Ratsversammlung vom Mittwoch, dem 11.11.2009.

15 Frieder Zeller. Das Leipziger Modell. S. 722.

Das Leipziger Modell war für uns eine Herausforderung durch inhaltliche Konzeptarbeit unseren Beitrag zu einer sozialen Stadtentwicklung zu leisten. Dafür sprechen u.a. die Vielzahl von Beschlussanträgen, einschließlich von Haushaltsanträgen der Fraktion, die durch den Stadtrat beschlossen worden sind. Die PDS- bzw. Linksfraktion hat sich in vielen Fällen, besonders auch bei Haushaltsentscheidungen als stabilisierend und zuverlässig bewiesen. Dem lag ein tiefgehender Diskussions- und Lernprozess in der Fraktion selbst zugrunde.

Im Ringen um die beste stadtpolitische Lösung wurde so Raum geboten für die eigene politische Profilierung, also nicht Konsens um jeden Preis. Dieser Stil hat zugleich wesentlich befördert, dass über Sacharbeit weitgehende politische Normalität hergestellt worden ist.

Ich bin weit davon entfernt, eine heile Welt darzustellen, einer niemals vorhandenen Harmonie das Wort zu reden, wie sie häufig unterstellt wird. Letztlich war es in den ersten Wahlperioden so, dass entscheidende Positionen, vor allem Personalentscheidungen, ohne uns abgesichert worden sind. Chancengleichheit bestand in den ersten Wahlperioden nie. Auf die Bemerkung des ehemaligen Kämmerers Kaminski, dass wir doch alle in einem Boot säßen, wurde von mir entgegnet, dass dies zwar stimme, aber im Boot die Aufgaben sehr unterschiedlich verteilt seien. Wir haben nie am Steuer gestanden, sondern eher die Ruder bewegt. Erst in der abgelaufenen Wahlperiode hat sich das mit der Wahl von zwei Bürgermeistern, die von der Linksfraktion unterstützt werden, grundlegend verändert. Damit hat sich die Linksfraktion bewusst für die Übernahme eines höheren Grades an kommunaler Verantwortung entschieden.

Resümee

Der dem Leipziger Modell zugrunde liegende kooperative Politikstil ist in der Tat unkonventionell, wenn er mit dem vor allem in westdeutschen Kommunen bis heute vorherrschenden Typ repräsentativer Demokratie verglichen wird, d.h. der üblichen Rollenverteilung von regierender Koalition und Opposition. Diese Rollenverteilung hat es in der Leipziger Kommunalpolitik so nicht gegeben, wenngleich immer wieder seitens der CDU versucht worden ist, feste Koalitionen zu bilden. Der im Grunde beibehaltene kooperative Politikstil hat der Stadtentwicklung nicht nur nicht geschadet, sondern sie voran gebracht. Demokratie braucht den

Meinungsstreit um die beste Lösung als einer ihrer Grundbedingungen. Auch wenn Mehrheiten letztlich entscheiden, muss im Aushandlungsprozess Chancengleichheit gelten. Ziel muss die beste stadtpolitische Lösung und nicht ein politisch motivierte Mehrheitsentscheidung bleiben. Das schließt Kompromisse ein, die jedoch das Ziel nicht in Frage stellen dürfen, also keine »faulen Kompromisse«.

Vorbehalte, wie Profillosigkeit von Parteien, Beliebigkeit, Unregierbarkeit, weil Haushaltsmehrheiten nur schwer zustande kommen usw., haben sich nicht bestätigt.

Sylvia Stadler, eine Journalistin des mdr, schreibt in einem Beitrag: »Starre Koalitionsabsprachen gibt es traditionell in Leipzig nicht. Dieses so genannte ›Leipziger Modell‹ der wechselnden Mehrheiten wurde häufig kritisiert, in der Regel von der bei einer Abstimmung unterlegenen Partei. Doch damit war aus Sicht von Außenstehenden lange Zeit eine sachorientierte Politik möglich. Die besseren Argumente hatten eine Chance, sich durchzusetzen, nicht der Fraktionszwang regierte.

Stadtratssitzungen in Leipzig können sehr spannend sein. Für ein Sozialticket fand sich genauso eine Mehrheit von SPD, Linken und Grünen, wie CDU und SPD zusammen mehrheitlich den Stadtwerke-Anteilsverkauf zunächst auf den Weg brachten.«¹⁴

Nicht nur die Stadtratssitzungen sollen spannend bleiben. Wir brauchen einen an einem Leitbild für die Stadtentwicklung orientierten breiten Meinungsfindungsprozess, der die Bürgerinnen und Bürger einschließt. Die erheblichen Probleme, die vor der Stadt stehen, benötigen ein konstruktives Miteinander, einen Politikstil, der sich an der Problemlösung orientiert und nicht am nächsten Wahlergebnis.

14 Sylvia Stadler: Von wegen Politikverdrossenheit. In: www.mdr.de/sachsen/wahlen/kommunalwahlen/kreisfreie_staedte/6371045.html vom 9.06.2009.

WOLFGANG BRINKEL

Von der Konfrontation zur Kooperation

Vorbemerkungen¹

Die aktuelle Situation im Leipziger Stadtrat legt nahe, das Thema mit einem Fragezeichen zu versehen. Es ist darüber hinaus ein Thema mit vielen Implikationen und möglichen historischen Reminiszenzen. Der zeitliche Rahmen zwingt zur Begrenzung. Vielleicht bietet die Diskussion die Möglichkeit der Vertiefung.

Die Begrenzung betrifft auch das Thema: Nachdem *Lothar Tippach* sich ausführlich zum *Leipziger Modell* geäußert hat, werde ich mich insbesondere auf das Verhältnis zwischen SPD und PDS/DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung bzw. im Stadtrat konzentrieren, ohne den Anspruch zu erheben, dieses Thema vollständig und abschließend zu behandeln. Ich werde mich auch hier begrenzen auf meine eigenen Erfahrungen seit November 1990.

Ich werde nicht sprechen über 40 Jahre DDR und werde daher diese 40 Jahre auch nicht bewerten, obwohl dies – gerade was das Verhältnis zwischen SPD und PDS/DIE LNKE betrifft – zum besseren Verständnis der aktuellen Schwierigkeiten hilfreich wäre.

Ich werde auch nicht sprechen über die Rolle und das Auftreten der ehemaligen Blockparteien, die sich – nach meinem Eindruck – nach der sogenannten Wende so aufgeführt haben, als hätten sie 40 Jahre, von der Öffentlichkeit unbemerkt, hinhaltenden Widerstand geleistet.

Kontakte vor 1990

Im Gegensatz zu den meisten Westdeutschen war die DDR für mich kein »fernes Land«, sondern ich habe durch vielfältige Kontakte seit Anfang/Mitte der 60er Jahre – intensiver dann seit 1982 – die DDR in all' ihren

1 Zwischenüberschriften von den Herausgebern.

Widersprüchlichkeiten kennen gelernt. Als dann 1988 das SPD-SED-Papier veröffentlicht wurde, habe ich mit vielen hüben und drüben gehofft, dass dieses Papier zu einem Neubeginn in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten und zwischen SPD und SED führen würde, aber auch, dass dieses gemeinsame Papier einen Beitrag zur Liberalisierung in der DDR leisten werde. Die Ereignisse vor allem im Jahr 1989 sind dann über das gemeinsame Papier hinweggegangen.

Dass es zu meinen Lebzeiten noch zur deutschen Einheit kommen würde, habe ich mit vielen anderen nicht angenommen. Ich war mir auch nicht sicher, ob man das wollen sollte. Aber das ist ein weites Feld. Und im Übrigen gilt auch hier: Geschichte ist, was geschehen ist, und nicht, was hätte geschehen können.

Erste Erfahrungen nach 1990

Im November 1990 bin ich als Persönlicher Referent und Berater des Stadtpräsidenten nach Leipzig gekommen. Mit Folgenden wurde ich konfrontiert:

- Die PDS wurde ausgegrenzt, auch im räumlichen Sinn. Der Stadtpräsident und ich haben in vielen Gesprächen innerhalb der Verwaltung dafür gesorgt, dass allen Fraktionen gute Arbeitsbedingungen geboten wurden.
- Es gab eine »feindselige Rhetorik« sowie eine geistige Kontaktsperre insbesondere zwischen den Fraktionen der SPD und der PDS.
- Es gab eine »informelle Koalition« von SPD, CDU und Bündnis 90.
- Die PDS war – mit Ausnahme des Jugendhilfeausschusses – von der Verteilung der Ausschuss-Vorsitze ausgeschlossen.

Änderungen traten erst nach den Kommunalwahlen 1994 ein. Bemerkenswert war jedoch auch schon in der 1. Wahlperiode, dass einige wichtige Vorlagen der Verwaltung die Stadtverordnetenversammlung nur durch das Stimmverhalten der PDS-Fraktion passierten.

Zunächst Annäherungen zwischen SPD und CDU

In der 2. Wahlperiode von 1994 bis 1999 gab es ein Positionspapier zwischen SPD und CDU, das die Zusammenarbeit regeln sollte. Dabei ging es vorrangig darum sicherzustellen, dass auf jeden Fall über den Haushalt gemeinsam abgestimmt würde, um die Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung zu erhalten. Ein Koalitionspapier würde ich das auch heute nicht nennen wollen, weil in einem Koalitionspapier vor allem das Abstimmungsverhalten der »Koalitionsfraktionen« in wichtigen Sachfragen geregelt wird. Die Wirklichkeit aber sah anders aus: Abgestimmt wurde – je nach Sachverhalt – quer durch den Stadtrat.

Neue Situation ab 1999

Mit den Kommunalwahlen 1999 und der veränderten personellen Zusammensetzung der CDU-Fraktion trat eine neue Situation ein. Das Auftreten vor allem der Wortführer in der CDU-Fraktion führte im Leipziger Stadtrat zu erheblichen atmosphärischen Störungen zwischen der SPD und der CDU. Die CDU war für die SPD kein verlässlicher Partner mehr. Im Gegenteil: die CDU-Fraktion versuchte, zugleich »Regierungs-« und Oppositionspartei zu sein. Die Stichwortlieferanten und Büchsenspanner für diese neue Strategie saßen in der CDU-Kreisgeschäftsstelle.

In dieser Situation wurde in der SPD-Fraktion laut über eine neue Option nachgedacht. Ich kann mich noch genau an eine Gesprächssituation in der SPD-Fraktionsgeschäftsstelle erinnern. Der damalige SPD-Bundestagsabgeordnete und Unterbezirksvorsitzende *Gunter Weißgerber* brachte eine mögliche Zusammenarbeit mit der PDS im Leipziger Stadtrat ins Gespräch. Ich war verwundert und wurde zugleich hellhörig.

Vertrauliche Gespräche

Irgendwann im Juni/Juli 1999 sprach mich eine PDS-Stadträtin an und fragte, ob ich nicht einmal ein Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden der SPD und der PDS, *Lothar Tippach* und *Joachim Fischer*, organisieren bzw. moderieren könne. Ich sagte zu, darüber nachzudenken, gab aber zu bedenken, dass das in meiner Position als Leiter des Büros

für Ratsangelegenheiten sowie als stv. Leiter des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters ein sehr heikles Unterfangen sei. Ich habe mich dann aber von der Überzeugung leiten lassen, dass der Dialog gerade dort nötig ist, wo er unmöglich zu sein scheint.

Wenige Tage später begegnete ich in der Nähe des Rathauses *Joachim Fischer*, den ich auf den Vorschlag ansprach – verbunden mit der Bemerkung, wenn er den Vorschlag abwegig fände, hätten wir auch nie darüber gesprochen. Zu meiner Überraschung ging er sofort auf den Vorschlag ein. Und wenn ich mich recht erinnere, beantwortete er meine Anregung mit dem Hinweis, er habe in den vergangenen Tagen sowohl mit *Hinrich Lehmann-Grube* als auch mit *Wolfgang Tiefensee* über die aktuelle Situation im Leipziger Stadtrat gesprochen, und beide Gesprächspartner hätten die Auffassung vertreten, dass man mit der PDS reden müsse ...

Ich schlug ein vertrauliches Gespräch in meiner Wohnung vor und lud beide Fraktionsvorsitzenden zu einem Abendessen ein. Das erste Gespräch fand am 29. Juli 1999 statt, das zweite bereits am 28. Oktober 1999. Weitere Gespräche folgten in gewissen Abständen und bei Bedarf. Klar war für beide Gesprächspartner, dass es kein gemeinsames Papier über die Zusammenarbeit von SPD und PDS geben werde, dass man sich aber regelmäßig zu anstehenden Sachfragen austauschen werde. Dies geschah dann in der Folgezeit auch ohne meine weitere Vermittlung.

Dass die Zusammenarbeit dann punktuell intensiver wurde, hatte wohl auch damit zu tun, dass sich die CDU im Leipziger Stadtrat – mit wenigen Ausnahmen – geweigert hat, den vom CDU-Kämmerer verantworteten und vom Oberbürgermeister vorgelegten Haushalt mit zu beschließen.

Persönliches Vertrauen

Ich erwähnte bereits, dass ich aufgrund meiner Position im unmittelbaren Umfeld des Oberbürgermeisters Bedenken hatte, ein solches Gespräch zu vermitteln. Nach dem zweiten Gespräch habe ich darum Oberbürgermeister *Wolfgang Tiefensee* über meine vermittelnden Aktivitäten in Kenntnis gesetzt. Er hat mich ermutigt und gebeten, dafür zu sorgen, dass diese Gespräche fortgesetzt werden. Dabei war mir nicht entgangen, dass *Wolfgang Tiefensee* vor wichtigen Abstimmungen im Stadtrat auch das Gespräch mit *Lothar Tippach* gesucht hat.

Die Gespräche zwischen den beiden Fraktionsvorsitzenden waren vertraulich, denn zunächst musste geklärt werden, wie groß die kommunalpolitischen Schnittmengen zwischen beiden Fraktionen waren.

Mir war – vor allem aufgrund der eingangs angedeuteten Vorgeschichte – klar, dass es sich bei diesen Gesprächen um eine nicht unproblematische Gratwanderung handelte. Der Ausgang war für alle Beteiligten ungewiss. Zu groß waren das gegenseitige Misstrauen und die daraus resultierenden Vorbehalte. Dass in den Jahren 1999 bis 2009 die Verlässlichkeit in der Zusammenarbeit der beiden Fraktionen gewachsen war, hatte vor allem mit dem persönlichen Vertrauensverhältnis zwischen *Joachim Fischer* und *Lothar Tippach* zu tun. Umso mehr bedauere ich, dass diese Form der Zusammenarbeit nach der Kommunalwahl 2009 keine Fortsetzung gefunden hat, sondern es vielmehr wieder Anzeichen für erneute Aus- und Abgrenzungsversuche gibt.

Geschichte gemeinsam aufarbeiten

Eine Bemerkung zum Schluss: Im Jahr 2018/2019 jährt sich zum hundertsten Mal die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Es wäre m.E. jetzt an der Zeit, dass SPD und DIE LINKE auf Bundesebene eine gemeinsame Kommission berufen, um die Geschichte, die zur Trennung geführt hat, sowie die Geschichte der gegenseitigen Verwerfungen aufzuarbeiten, damit dann vielleicht zusammenwächst, was eigentlich zusammengehört.

HEIDEMARIE LÜTH

Kommunalpolitik zwischen Totalopposition und Veränderung

Ich möchte in meinem Beitrag vom schwierigen Beginn der kommunalpolitischen Arbeit, der Lust an der Arbeit und von unseren Denkprozessen, Überlegungen in der Fraktion und ihrer Entwicklung – hin zur Anerkennung als Partner in anderen Fraktionen berichten.

Am 12.12.1992 schrieb R. E. in meine Notizen zur Fraktionssitzung: »Du machst bitte zur Weihnachtsfeier mit Karin (K. Wagner) einen Sketch zum Wirrwarr in der Fraktion«.

Das umreißt die Situation der Stadtverordneten der PDS in den Anfangsjahren. Alle Fraktionsmitglieder waren in der DDR in der Wirtschaft, in Hochschulen, Schulen und im Handel in nicht untergeordneten Positionen. Ihre berufliche Entwicklung war unsicher oder zunächst zerstört. Persönliche Entscheidungen für die Zukunft mussten getroffen werden.

Viele von uns hatten in den vergangenen Jahren um Veränderungen auch innerhalb der Partei gerungen und wollten nun ihren Platz neu definieren – definieren in einer Gesellschaft, die sie zu kennen glaubten und doch nicht kannten.

Auf der einen Seite Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur, Massenarbeitslosigkeit, zunächst kaschiert durch Auffanggesellschaften und Umschulungen. Die Gewerkschaften organisierten Streiks zur Sicherung der Arbeitsplätze – der Fakt bleibt: Nur zehn Prozent der Arbeitsplätze in der Industrie blieben erhalten.

Stadtverordnete der PDS-Fraktion unterstützten Streikende, versuchten in den Stadtratssitzungen die schwierigen Fragen zu diskutieren. Aber die Möglichkeiten der Fraktion wurden durch Ausgrenzung bis hin zu persönlichen Beleidigungen gebremst. Inhaltlich setzten sich die Fraktionen mit unseren Überlegungen weder im Stadtrat noch in den Ausschüssen auseinander. Und doch waren wir da und blieben.

Innerhalb der Fraktion, wie in der PDS, prallten unterschiedliche Auffassungen zu historischen und gegenwärtigen Ursachen aufeinander.

der. Wir schwankten zwischen Wut, Totalopposition und dem Willen zur inhaltlichen Auseinandersetzung. Es war zunächst nicht einfach, unterschiedliche Ansatzpunkte für bundes-, landes- und kommunalpolitische Programmatik zu finden. So lautete zunächst ein Wahlspruch der PDS: »Die PDS ist Opposition. Sie kann nichts versprechen, aber alles versuchen.« Aus heutiger Sicht kaum mehr denkbar.

Auf dem gleichen Wahlplakat steht: »Veränderung beginnt mit Opposition«. Veränderung – das war unser Ziel! Einen Kapitalismus in Reinkultur wollten wir nicht.

Das widerspiegeln die am 30.05.1992 beschlossenen kommunalpolitischen Leitlinien der PDS in Leipzig: »Ein Neubeginn ist unerlässlich. Er muss zu einer neuen Qualität der Stadtentwicklung führen, die entschieden besser den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.«

Gegenwärtig liegen Licht und Schatten eng beieinander

Einerseits gibt es sichtbare Fortschritte bei der Instandsetzung der Wohngebäude, von öffentlichen Einrichtungen, Grünanlagen und Verkehrswegen sowie bei der Versorgung der Bevölkerung durch Handel und Dienstleistungen; andererseits erleben wir wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kahlschlag, durch den viele Menschen unverschuldet in materielle und seelische Not getrieben werden. Leipzig soll zu einer Stadt werden, in welcher die Bürger gern leben, die weltweit bekannt ist für ihre Gastlichkeit, Weltoffenheit und Toleranz.

Die PDS rechnet sich zu jenen politischen Kräften, die aktiv am Neuaufbau der Stadt mitwirken. Sie hilft zugleich, den von sozialer Not betroffenen Bürgern, die wirklichen Ursachen ihrer bedrückenden Lage zu erkennen und die Möglichkeiten selbstbewusst zu nutzen, die eine neu gewonnene Demokratie für die Wahrnehmung ihrer eigenen sozialen und politischen Rechte bietet.

Zur gegenwärtigen Wirklichkeit gehört, dass die kritische wirtschaftliche und soziale Situation in unserer Stadt schon nicht mehr allein auf Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen in der DDR zurückgeführt werden kann.

Sie wird immer mehr zu einer Konsequenz der Politik jener Kräfte, welche politische Macht erringen konnten, weil sie den Menschen im Osten Deutschlands im Jahre 1990 versprochen, es werde ihnen in zwei

bis drei Jahren nicht schlechter gehen als denen im Westen. Bundes- und sächsische Staatsregierung sind jedoch offenbar unfähig oder nicht willens, ihre Wahlversprechen einzuhalten.

In der BRD stehen der Kommunalpolitik andere Handlungs- und Entscheidungsspielräume zur Verfügung. Sie betreffen vor allem:

- die Gewährleistung günstiger struktureller Rahmenbedingungen für die Kapitalverwertung durch die Entwicklung von Industrie, Dienstleistungen, Handel, Handwerk und Gewerbe, was zugleich für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen bedeutsam ist;
- Dienstleistungen für die Bürger, beginnend bei der Reproduktion der technischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur über die Umweltgestaltung in der Stadtregion bis hin zur Sozialhilfe, Arbeitsvermittlung und zum Krankenhauswesen.

Diese Handlungsspielräume der Kommunen enthalten Möglichkeiten und auch konkrete Verpflichtungen, wie die Fürsorgepflicht der Stadt gegenüber ihren Bürgern.

Es wäre jedoch falsch, davon auszugehen, dass in der BRD kommunale Selbstverwaltung mit kommunaler Autonomie identisch wäre. Allein der rechtlich vorgezeichnete Handlungsrahmen für die Kommunen wird begrenzt durch die Unmöglichkeit ihrer Selbstfinanzierung, aber auch durch egoistische Interessen der ortsansässigen Industrie, Handelsunternehmen und Banken. Eine hohe Verschuldung gehört zum Alltag westdeutscher Kommunen.

Die Leitlinien entstanden in einem längeren Diskussionsprozess

Im kommunalpolitischen Seminar am 15.06.1991 formuliert Dr. Lothar Tippach die zukünftige Stellung und Aufgaben der PDS-Fraktion. Die Fraktion muss Korrektiv der Stadtverwaltung sein, alternative Konzepte entwickeln. Schwerpunkte zur Erarbeitung von Teilkonzepten sehen wir in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur, Bildung, Bauen, Mieten, Wohnen, Umwelt und Energie.

Ein gewaltiges Vorhaben, gab es doch zu der Zeit keine umfänglichen uns zugänglichen Analysen und wissenschaftlich begründete linke Kommunalpolitik. In diesem Seminar entschieden wir uns, nicht mehr den

Oppositionscharakter der Fraktion als Grundlage der Arbeit wählen. Wir begannen auf der Basis gründlicher analytischer Überlegungen die konstruktive Opposition als Arbeitsgrundlage zu entwickeln.

Eine Herausforderung für uns alle, für die inhaltliche Arbeit aller Mitglieder der Fraktion, der Öffentlichkeitsarbeit und letztlich auch der Übergangsarbeit innerhalb der PDS. Wir traten an, parlamentarische und außerparlamentarische Demokratie miteinander nicht nur zu verbinden – sondern auch die Arbeit im vorpolitischen Raum in die Meinungsfindung einzubeziehen.

Das ist und war mehr als Nein-Sagen. Weit mehr als Totalopposition, obwohl es schon manchmal juckte. Veränderung, keine Ja-Sagen-Mentalität, kein Lobbyismus, keine Klientelpolitik, keine Schaufensterpolitik, Umsetzung des Wahlprogramms 1:1?

Anträge müssen sofort begründet sein, der Daseinsvorsorge entsprechen und vor allem im Kontext mit anderen umsetzbar, finanzierbar sein.

Die PDS-Fraktion setzte unter der Prämisse nicht nur Duftmarken. Einige Beispiele seien genannt:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------|
| – Leipzig-Pass | Siegfried Schlegel |
| – Leitung des Jugendhilfeausschusses | Rüdiger Ulrich |
| – Schule | Margitta Hollick |
| – Haushalt | Dr. Lothar Tippach |

Die Fraktionsmitglieder wurden gefragte Fachleute. Mehr und mehr bestimmten auch unsere Anträge und Redebeiträge in den Ausschüssen und im Plenum die Diskussion. Immer deutlicher wurde für uns, die wirkliche Politik der PDS wird für Bürgerinnen und Bürger vor Ort in der Kommune geleistet. Nur hier steht die Politik den Bürgern direkt gegenüber, um konkrete Verantwortung für konkrete Probleme zu übernehmen.

Konstruktive Opposition verlangt Aneignung von Fachwissen, Kompromissbereitschaft, Ringen um Mehrheiten und Durchsetzungsvermögen.

Als Bundestagsabgeordnete stellte sich für mich die Arbeit zunächst anders da. Anträge erarbeiten (erarbeiten lassen), Abstimmung – abgelehnt. Im Wahlkreis – Berichte darüber – ohne dass eine wirklich konkrete Verantwortung vor Ort entsteht.

Das änderte sich in meiner Arbeit in der »Enquete-Kommission demografischer Wandel«. Hier war Wissen angesagt, um im Reigen der Diskussionsredner gehört zu werden und um Gesprächspartner zu sein.

Leipziger Erfolge anwenden – das war dann als Ausschussvorsitzende im Petitionsausschuss des Bundestages möglich. Mittels einer guten, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen war ein politisches Ringen um Mehrheiten möglich.

Aber zurück nach Leipzig

Am 22.10.1994 stellt Lothar Tippmann in der Fraktion die Frage: Wollen wir die Macht? Es ging um die Frage, ob wir zur OBM-Wahl einen eigenen Kandidaten stellen. Waren wir willens, bereit und fähig, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden? Nach umfänglicher Diskussion entschieden wir: Dr. Lothar Tippach wird unser Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters.

Unabhängig vom Wahlausgang waren wir uns unklar, wie das gemeinsame Handeln geben konnte. Richtlinienkompetenz des Oberbürgermeisters in den Zwängen der Kommunalpolitik einerseits und keine eigene Mehrheit im Stadtrat andererseits! Vor allem jedoch mit der PDS-Fraktion als Opposition.

Wir mussten es nicht ausleben. Dr. Lehmann-Grube wurde von den Leipzigern gewählt.

Mit dem Blick ins Heute stehen die Probleme noch immer. Keine Partei hat wie die LINKE in den verschiedenen parlamentarischen Ebenen Verantwortung, die aus meiner Sicht zum Teil nicht zueinander passen.

Im Bundestag eine starke Opposition, in zwei Landtagen ist die LINKE Koalitionspartner. Auf kommunaler Ebene haben sich Wählerinnen und Wähler für Bürgermeister, Oberbürgermeister entschieden. Auf der gleichen Ebene arbeiten Fraktionen der LINKEN, meist ohne den Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister, eine Mehrheit zu garantieren.

Die Mandatsträger müssen in den Städten und Gemeinden Gesetze umsetzen, für die die LINKE im Bundes- bzw. Landtag Änderungen wollten oder bei denen sie dagegen gestimmt haben. Gestaltungsspielräume und Richtlinienkompetenzen prallen aufeinander, können besonders in Krisenzeiten schwer in Einklang gebracht werden.

Nicht immer ist das Parteiprogramm die Richtschnur bei der Bewältigung der Aufgaben. Ein Beispiel soll das belegen: Die »Hartz-IV-Gesetze« lehne ich grundsätzlich ab. Als Vorsitzende der Trägerversammlung der ARGE SGB II Chemnitz wache ich über deren Durchsetzung. Ungeachtet der Tatsache, dass bei den gemeinsamen Vereinbarungen im Rahmen der Gesetze alles ausgelotet wird, was den Betroffenen hilft. Meine Verantwortung bleibt.

Die Wähler trauen uns Veränderung zu. In Landtagen, in der Regierung. In immer mehr Kommunen gibt es Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von der LINKEN. Ein schönes Gefühl. Wir können es! Müssen bei allen Konflikten stets die Leitlinie als Grundlage betrachten – konstruktive Opposition und Gestaltungswille. Nur so werden wir heute und künftig in der Lage sein, Veränderungen in der Gesellschaft hin zu einem sozial gerechteren Gemeinwesen zu befördern.

Wie hieß es noch am Anfang: »Wir können nichts versprechen – aber alles versuchen«! Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen.

Über politische Bürgerinitiativen und Kommunalpolitik in Leipzig

Politische Bürgerinitiativen – in der parlamentarischen Demokratie nur geduldet?

Die ursprünglich auf eine radikaldemokratische Reformierung der DDR gerichtete ostdeutsche Bürgerbewegung¹ hatte mit dem staatlichen Anschluss der DDR an die BRD politisch eine Niederlage erlitten. Anstatt einer ostdeutschen Chance für einen zunächst eigenen *bürgerschaftlich* gestalteten sozialen und entmilitarisierten Rechtsstaat auf dem Wege zu einer gleichberechtigt deutsch-deutschen Vereinigung trat der westdeutsche Parteienstaat mit dem Gewinn von Bürgerrechten unter Preisgabe von sozialen Grundrechten. Die ursprüngliche soziale Gleichheit unter den Ostdeutschen war wesentliche Grundlage für die radikale und zugleich friedliche Bürgerbewegung für ein *Gleichgewicht von sozialer Gerechtigkeit und Bürgerfreiheit als ein Maßstab für reale Demokratie* und ihre Ausgestaltung »von unten«. Der Zentrale Runde Tisch (ZRT) hatte u. a. deshalb die Übernahme des Grundgesetzes der BRD abgelehnt, weil in ihm die Bürgerbeteiligung auf das Petitionsrecht reduziert wird. Bereits im Verfassungsentwurf für die DDR hatte der ZRT im Kapitel »Menschen- und Bürgerrechte« die Bürgerbewegungen vor die Parteien gesetzt und die Volksgesetzgebung klar geregelt.²

Die Abschaffung bzw. Selbstauflösung der Runden Tische nach den Kommunal- bzw. Volkskammer-Wahlen 1990 wurde als eine faktische

1 Neues Forum (Leipzig November 1989): Sofortprogramm für die nächsten Schritte der Umgestaltung der DDR.

2 Revolutionärer Aufbruch und Vorschule der Demokratie? Die Runden Tische 1989/90 in der DDR und in Leipzig. Friedrich-Ebert-Stiftung, Leipzig, 23.05.10; Roland Roth: Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: Ansgar Klein / Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Möglichkeit und Grenzen. Bundeszentrale Für politische Bildung. Schriftenreihe. Bd. 347. Bonn 1997. S.404-447, bes. S.419.

Entmündigung von basisdemokratischer Bürgerbewegung empfunden. In einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Leipzig kritisierte *Friedrich Schorlemmer*, dass die Runden Tische trotz ihrer großen Leistungen nun als Tribünen vor allem der Bürgerbewegungen von den Verfechtern der Anschlusspolitik nicht mehr gewollt waren, aber gerade angesichts der heutigen Krise der repräsentativen Demokratie ähnlich dringend gebraucht würden wie zuvor.⁵

Offenbar werden Bürgerbewegungen, darunter jene mit explizit politischen Zielstellungen, verfassungsrechtlich und bundespolitisch nicht besonders gefördert. Das zeigte sich z. B. in der Ablehnung einer Petition an den Bundestag, die von der bundesweiten *Aktion »50 Jahre Grundgesetz – Bürgergesellschaft lebt«*, Sprecherin Frau *Hamm-Brücher*, auch mit Unterstützung Leipziger Vereine forderte, einen kleinen Teil der Parteienfinanzierung an Bürgerinitiativen nach vereinbarten Kriterien zu übertragen.

Umso bedeutsamer ist, dass sich trotz der schwierigen Bedingungen auch in Leipzig seit den 90er Jahren zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in politischen Initiativen engagieren.

Besonders bedeutende politische Bürgerinitiativen in Leipzig

Die soziale Spaltung der Bevölkerung Leipzigs hat im vergangenen Jahrzehnt erheblich zugenommen und damit die politische Resignation der meisten Betroffenen, wie sich insbesondere in der sinkenden Wahlbeteiligung zeigt. Im Vorfeld der angekündigten Hartz-IV-Gesetze hatten Betroffene und Bedrohte noch zahlreich, von *Leipziger Sozialforen* mobilisiert, lautstark auf Montagsdemonstrationen protestiert, besonders mit ca. 30 000 Teilnehmern bei einem Auftritt von Oskar Lafontaine im August 2003. Die Arroganz der Sehröder-Fischer-Regierung sowie Meinungsverschiedenheiten unter den Organisatoren über radikalere, aber gewaltfreie Protestformen führten zu Spaltungstendenzen und zur Verbitterung vieler Protestierender. Trotz des abflauenden Massenprotests

⁵ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Entwurf. Arbeitsgruppe »Neue Verfassung der DDR« des Runden Tisches. Staatsverlag der DDR, Berlin April 1990, S. 24-27. – Demokratische Bürgerbewegungen zu schützen und zu fördern sowie bei Wahlen politischen Parteien gleichzustellen, betont der »Verfassungsentwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder«. In: Vom Grundgesetz zur deutschen Verfassung. Berlin / Köln / Leipzig 1991.

gingen Attac, Teile der Gewerkschaften, Sozialverbände, des BUND, die PDS u. a. auch in Leipzig ab 2003 gegen die neoliberal forcierte Privatisierungspolitik zum Gegenangriff über. Z. B. protestierte Attac Leipzig gegen Cross-Border-Leasing-Verträge von Kommunalunternehmen der Stadt Leipzig⁴. Wie berechtigt dieser Protest gegen diese und andere Finanzspekulationen war und ist, zeigt sich jetzt am Finanzskandal in den Leipziger Wasserwerken.

Eine Abfuhr mussten Repräsentanten der Stadt bei der beabsichtigten Teilprivatisierung der Stadtwerke 2007/2008 einstecken. Ein von der *Anti-Privatisierungs-Initiative Leipzig (APRIL)*⁵ initiiertes *Bürgerbegehren* ergab über 40 000 Unterschriften und der folgende *Bürgerentscheid* brachte eine höhere Beteiligung als die OBM-Wahl (41 zu 36 Prozent), wobei über 87 Prozent gegen die Teilprivatisierung stimmten.

Diese und andere Bürgerinitiativen verdienen an anderer Stelle eine gründliche Analyse. Dies trifft auch auf herausragendes Bürgerengagement in der Friedens- und Antinazi-Arbeit zu. So sind u. a. die friedenspolitische Positionierung der Pfarrer *Führer* und *Wolff* (1997) und als bedeutendste Bewegung seit 1989/90 der Protest gegen den Irakkrieg in Leipzig zu nennen. Zahlenmäßig geringer, aber auch bedeutend ist der Widerstand gegen die zunehmenden Naziprovokationen und andere rassistischen Gewalttaten und deren Ursachen.

Bürgerschaftliche Friedensarbeit und gesplante Kommunalpolitik

Das offizielle Leipzig als »Stadt der Friedlichen Revolution« muss sich an seinem Umgang mit den Friedensbestrebungen besonders auch in Leipzig messen lassen. Das Ergebnis ist unbefriedigend: trotz mancher friedensfördernden Aktivitäten in der Kommunalpolitik gibt es derzeit keine hinreichenden Voraussetzungen, dass sich Leipzig offiziell als »Stadt des Friedens« nach dem Maßstab anderer Städte, z. B. Aachen, erklärt. Markante Aktionen verdienen näher betrachtet zu werden.

Der Leipziger Protest gegen den zweiten Golfkrieg Januar bis März 1991 wurde durch *sieben Montagsdemonstrationen* des Leipziger »*Aktionskreis Frieden am Golf*« von ca. 25 000 Teilnehmern getragen. Daneben

4 »Leipziger Volkszeitung« vom 18.03.2003; siehe auch www.attac-leipzig.de.

5 www.april-netzwerk.de.

waren winterliche *Dauermahnwachen* junger Leute an der Nikolaikirche sowie als Zeltlager auf dem Augustusplatz stadtweite Signale. Die Proteste hatten spontane Anfänge durch Schüler-Demos u. a. aus Paunsdorf und Markkleeberg zur Nikolaikirche sowie durch eine *Besetzung des tagenden Stadtrates* durch ca. 200 Jugendliche. Sie forderten dort Rederecht für ihre Sprecher und eine Erklärung des Stadtrates für die Beendigung dieses Krieges und gegen seine finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung. Wenn auch ohne Rederecht im Rat gab es doch ein Doppelresultat, das in Leipzig einmalig blieb: Für Gespräche mit den Fraktionen wurde ein »*Runder Tisch Frieden*« unter der Leitung des Stadtpräsidenten *Friedrich Magirius* eingerichtet. Des Weiteren kam es zu einer gemeinsamen Antikriegs-Erklärung aller Fraktionsvorsitzenden. Sie gelangte zwar im Stadtrat nicht zur Abstimmung, erschien aber in der Leipziger Volkszeitung (LVZ) im Wortlaut⁶. Die LVZ berichtete damals täglich mit vier Seiten kritisch über die Kriegseignisse und vorwiegend mit deutlicher Sympathie für die internationalen, die gesamtdeutschen und die Leipziger Friedensaktionen. Auch unter diesem Eindruck veranstalteten die Ensembles von Oper und Gewandhaus gemeinsam eine große *Friedensmatinee*, über die umfangreich in der LVZ durch *Werner Wolf* berichtet wurde. Aus dem Aktionskreis bzw. dem Runden Tisch Frieden erwuchs 1992 das *Friedenszentrum Leipzig* e.V. als Initiator organisierter Friedensarbeit neben anderen Friedensgruppen in Leipzig. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch: Im Jahre 1991 hatten sich eingeladen von der damaligen Redaktion der LVZ sechs Leipziger Wissenschaftler – zumeist von der Universität – zu einer friedenspolitischen Expertenrunde zusammen gefunden; der ganzseitige Bericht des Blattes mit Hinblick auf den damaligen Golfkrieg trug den Titel: »*Militärische Siege sind heute politische Niederlagen*«⁷

Der Protest gegen weitere Kriege, u. a. in Tschetschenien und auf dem Balkan, fand 1994/95 im Stadtrat außerhalb der Fraktionen von PDS und Bündnis 90/Grünen kein öffentliches Echo mehr. Das veränderte politische Klima im Stadtrat und bei der LVZ zeigte sich in bei der Ignoranz gegenüber dem *Aufruf der Pfarrer Christian Führer und Christian Wolff* »*Das Schweigen überwinden – Friedenspolitik neu gestalten. Ein Aufruf zu Umkehr und Orientierung*« vom 27. Januar 1995. Diese bis dahin wich-

6 »Leipziger Volkszeitung« vom 21.02.1991.

7 »Leipziger Volkszeitung« vom 24.01.1991.

tigste politische Bürgerinitiative aus Leipzig seit 1989/90 u. a. für »eine intelligente Politik der Gewaltlosigkeit und Gerechtigkeit« blieb trotz der Aufforderung von Vertretern des 1995 gegründeten *Leipziger Komitees für Gerechtigkeit e. V. (LKfG)* per Bürgeranfrage im Rat ungewürdigt. Da die LVZ diese Erklärung mit einer fünfzeiligen Randnotiz kommentarlos abtat, hatte die Bürgeranfrage angeregt, den zweiseitigen Text im »Leipziger Amtsblatt« zu veröffentlichen bzw. zu zitieren. Das Komitee vertrat gemeinsam mit anderen Komitees und mehreren Leipziger Gruppen diesen Appell auf dem 27. Deutschen Evangelischen Kirchentag 1997, dabei ausdrücklich unterstützt von der Kirchentagspräsidentin *Margot Käßmann*.

Der o. g. Aufruf wurde dann in der linken Zeitung »Leipzigs Neue« veröffentlicht, worauf ein längeres Interview mit Pfarrer Wolff folgte. Dennoch gelang es nicht, eine öffentliche Debatte zur Ächtung von Krieg, der Militarisierung der Außenpolitik der BRD, der zivilen Aufrüstung (Privatbewaffnung) und des Gewaltkultes in immer mehr Medien zu führen.

Das LKfG war wie die damals in anderen Städten entstandenen ca. 70 Komitees zunächst auf die Nachbesserung des »Einigungsvertrages« ausgerichtet. Zugleich beteiligte es sich 1994 mit eigenen Zielstellungen und acht Kandidaten an der Kommunalwahl auf zwei Listen, von denen fünf gewählt wurden, die nur oder auch Mitglieder des LKfG waren. Herausragend war dabei der ehemalige Gründungsvorsitzende des Komitees, *Peter Langer* (parteilos), zu nennen. Er hat über zwei Wahlperioden in der PDS-Fraktion des Stadtrates mit sehr großem Einsatz auf mehreren Fachgebieten sehr bürgernah gewirkt. Im Unterschied zu anderen Komitees, wie z. B. in Luckenwalde, strebte das LKfG nicht die Bildung einer eigenen Fraktion im Stadtrat an. Das Komitee war bis zur Gründung der Gruppe *Mehr Demokratie Sachsen e. V.*, Sitz Leipzig, der einzige allgemeinpolitische Verein der Stadt. Gemeinsam veranstalteten beide Vereine Foren zu Jahrestagen des Grundgesetzes unter Teilnahme auch von *Wolfgang Ullmann* und *Karsten Speck*. Dabei wurde der bleibende Anspruch auf eine neue, gesamtdeutsche Verfassung auch im Blick auf die UN-Menschenrechts-Deklaration betont.

Das LKfG hat teils direkt, aber zunehmend als Initiator mit weiteren Vereinen, insbesondere dem Friedenszentrum Leipzig, versucht, kommunalpolitische Entscheidungen mit gesamtstädtischer Wirkung herbeizuführen. Zur Mahnung an die Opfer der Nazi-Militärjustiz und zur scharfen Kritik an der bis dahin nicht erfolgten Rehabilitierung in der BRD forderte das LKfG 1995 die Errichtung eines Denkmals an der bis

dahin anonymen Ruhestätte von 26 Opfern auf dem Leipziger Ostfriedhof. Nach intensiver Forschungsarbeit des Leipziger Militärgeschichtlers *Dieter Kürschner* konnte dieses Denkmal 1998 durch den Bund der Antifaschisten Leipzig e. V. in Verbindung mit anderen Vereinen errichtet werden. Es ist inzwischen jährlich am 8. Mai, dem Tag der Befreiung von der Nazi-herrschaft, einer der stadtoffiziellen Gedenkorte auf dem Ostfriedhof.

Vom Komitee wurde 1997 eine Einladung der Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945« in die Stadt angemahnt. Der entsprechende Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde überraschenderweise einstimmig angenommen. Allerdings wurde die Ausstellung von der Stadtverwaltung kaum gefördert. Erst das Begleitprogramm der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. sowie eine finanzielle Unterstützung einer Reihe Leipziger Schulklassen durch die PDS bewirkten, was auch gesamtstädtische Aufgabe gewesen wäre. Das Abschlussforum zur Ausstellung übernahm das Komitee gemeinsam mit dem Friedenszentrum in Absprache mit der Stadtverwaltung und dem Veranstalter der Ausstellung.

Für eine aktive *Beteiligung Leipzigs an der UN-Dekade für die Kultur des Friedens (2001-2010)* nach dem Beispiel westdeutscher Städte gelangte ein detaillierter Komiteevorschlag, für den sich OBM *Wolfgang Tiefensee* bedankte, mit Unterstützung von PDS und Bündnisgrünen bis zum Ältestenrat, aber nicht in die Ratsversammlung. Wenn auch eine Reihe von Vereinbarungen und Aktivitäten der Stadt dem Anliegen dieser UN-Dekade nahekommen, wie das Internationale Bündnis der Bürgermeister für Hiroshima, Städtepartnerschaften, die jährlichen Internationalen Wochen gegen Rassismus u. a., wurde eine auch international wahrnehmbare friedenspolitische Selbstverpflichtung Leipzigs nicht für notwendig erachtet.⁸

Im bundesweit – nach Berlin – herausragenden *Leipziger Protest gegen den Irakkrieg und seine logistische Unterstützung durch die BRD-Regierung* hatten sich bei 17 Montagsdemonstrationen in Folge insgesamt 280 000-300 000 Menschen beteiligt. Der vom neu belebten *Aktionskreis Frieden* (Sprecher *Winfried Helbig*) sowie durch die Pfarrer Christian Führer und anfangs Friedrich Schorlemmer ausgelösten Demos fanden über Leipzig hinaus ein großes Medieninteresse, nicht aber bei der Mehrheit des Stadtrates. Durch die dortige CDU-Blockade kam eine erst

8 www.leipzig-gegen-krieg.de

verspätete Mehrheits-Erklärung zustande; das Komitee hatte allerdings einen weitergehenden Entwurf unterbreitet. Unter den insgesamt 46 Redepersonen auf den Abschlusskundgebungen der Montagsdemonstrationen wurde am Tage des Kriegsbeginns als einzigem Politiker bzw. Funktionsträger dem OBM *Tiefensee* das Wort eingeräumt.

Die seit 1989/90 größte Bürgerbewegung Leipzigs war weder dem OBM noch seinen Vertretern Anlass, wenigstens den jugendlichen Organisatoren sowie sehr zahlreich beteiligten Schülern für ihr großes Engagement den Dank der Stadt auszusprechen. Auch bei den opulenten Staatsfeiern zur »Friedlichen Revolution« fiel dazu kein einziges Wort, wie überhaupt das Leitmotto »Schwerter zu Pflugscharen« als nicht mehr aktuell gelte, wie ein damaliger Sprecher des Neuen Forum in Leipzig meinte.

Ein offener Konflikt zwischen den friedensengagierten Gruppierungen und Bevölkerungskreisen einerseits und Stadtratsmehrheit und OBM andererseits besteht hinsichtlich der Forderung »Kein Kriegsflughafen Leipzig/Halle«. Im Verbund mit der Bewegung »Nachtflugverbot« hat die Arbeitsgemeinschaft »Kein NATO-Flughafen«, jetzt IG »Gegen Kriegsflughafen«, 2009 eine erneute Petition mit den Ostermarsch-Teilnehmern an den Leipziger Stadtrat gerichtet. Darin wurde gefordert, den Missbrauch des Flughafens für Kriegseinsätze beenden zu lassen. Der Stadtrat entschied mit knapper Mehrheit, sich mit der Petition nicht zu befassen. Auch die Bewerbung Leipzigs um die Ausrichtung der Internationalen Luft- und Raumfahrt-Ausstellung (ILA) provozierte Protest, weil die bisher an der ILA beteiligte große Rüstungsschau nicht in Frage gestellt wurde.

Bürgerinitiativen gegen »Rechts« – die Kommunalpolitik bleibt zerrissen

Mitte der 90er Jahre nahmen in Leipzig neonazistische und andere rassistische Provokationen in Form von Aufmärschen und anderen offenen Anschlägen stark zu. Die besonders gegen Asylbewerber/innen gerichtete Hetze wurde nicht nur durch ein Klima wachsender sozialer Verunsicherung und der zunehmenden Bildungsmisere genährt. Vielmehr entsprang die nationalistische Stimmung auch aus der Politik gegenüber »nützlichen« Ausländern (Import von Sportlern, Fachkräften per Green-card usw.) aus der »Mitte« der Gesellschaft.

Nach den Brandanschlägen in West- und Ostdeutschland formierte sich 1992 in Leipzig auf Initiative der 1990 gegründeten *Gesellschaft für Völkerverständigung e. V.* ein erstes antirassistisches Bündnis aus Vertretern von Vereinen, darunter dem Friedenszentrum und dem LKfG, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien (PDS, Bündnisgrüne) sowie vielen Einzelpersonen. Dieses Bündnis *Aktion Toleranz* organisierte öffentlichen Protest gegen Fremdenfeindlichkeit und trat für die Interessen-Selbstvertretung von Menschen ausländischer Herkunft ein, die in Leipzig ihren Lebensmittelpunkt haben bzw. suchen. Die o.g. Gesellschaft zumeist unter Leitung von *Hassan Zeinel-Abidine* leistet seit über 20 Jahren eine sehr große ideelle und praktische Hilfe für Immigranten in Leipzig und Umgebung.

Eine Hauptforderung der Aktion Toleranz zielte seit 1993 auf die Schaffung eines damals so genannten Ausländerbeirates beim Stadtrat. Nach dem Beispiel anderer Städte sollte der Beirat aus Vertretern der Betroffenen bestehen. Lange lehnten Ratsmehrheit und Stadtverwaltung diesen Beirat ab. Als aber die Bildung eines Beirates (Migrantenbeirat) endlich 2008 beschlossen wurde, zeigte sich die Fachverwaltung des Rathauses öffentlich gönnerhaft, natürlich ohne die Aktion Toleranz zu erwähnen oder gar sich bei den langjährig enttäuschten Betroffenen zu entschuldigen. Deswegen können Teilleistungen, wie die alljährlichen *Interkulturellen Wochen*, der Beitritt Leipzigs zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (2009), und die Beteiligung Leipzigs am »Lokalen Aktionsplan gegen Rassismus und Gewalt« ein Hauptproblem nicht verdecken: Es ist offenbar kein stadtweites stabiles Bündnis gleichberechtigter Mitwirkender gegen Rechts gewollt. Der aus dem gewerkschaftsnahen Verein *Courage zeigen e. V.* hervorgegangene *Aktionskreis gegen Rechts* suchte – wenn auch in der kurzen Zeit seines Bestehens – den Brückenschlag zu eigenständigen jungen Nazigegnern. Eine Ursache dafür war die Erkenntnis jener, die ehrlich gemeint symbolischen Widerstand gegen Nazi-Aufmärsche – fern davon – mit weißen Rosen zeigen wollten, während nur die friedlichen Blockierer die Nazis stoppten, insbesondere wenn sie breite Unterstützung erhielten.

Die Verfestigung der Neonazistrukturen in Leipzig wurde auch dadurch begünstigt, dass sich breite Schichten der Bevölkerung, der größte Teil der sogenannten Eliten aller Bereiche, besonders beschämend die der Hochschulen und der Medien, in dieser Stadt nicht am öffentlichen Widerstand gegen Neonazis weder direkt noch indirekt (z. B. finanziell)

beteiligen. Die offizielle Forderung »Gesicht zeigen« schloss diese Kreise explizit nie ein. Wann beschließt also der Stadtrat ein Mobilisierungsprogramm für diese Kreise der »sauberen Mitte«. Eine *Bürgeranfrage vom LKfG (2008)* an der OBM im Stadtrat hatte auch diesen kritischen Hintergrund. Ausgehend von einer früheren nicht eingelösten Zusage des OBM an den Rat wurde das »Kommunalpolitische Gesamtkonzept der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« erneut gefordert und – von OBM und Sozialbürgermeister erneut versprochen, aber wieder nicht eingelöst. Immerhin wurde dem Rat inzwischen ein halbwegs tauglicher Lagebericht zur Kenntnis gegeben. Die vom Autor dieses Beitrages angestrebte Anhörung von Vertretern der Fraktionen zu dieser Frage im Aktionskreis gegen Rechts hatte sich leider durch dessen Auflösung erledigt.

Dringende weitere Themen politischer Bürgerbeteiligung in Leipzig

Als wichtig sieht das LKfG neben der Beteiligung an den anstehenden politischen Protesten gegen den schwarz-gelben Sozialabbau vorrangig folgende Themen der politischen Erinnerungskultur an:

- Politische Kurzgeschichte Leipzigs, mit Betonung der Nazi-Zeit. Grundlagen: u. a. Ausstellung: »Leipzig am Ende des Krieges. Neubeginn in Trümmern. Neuanfang 1945/46«, Stadtarchiv Leipzig 2005-2006, z. Zt. im Depot;
- Topografie des Naziterrors und des antifaschistischen Widerstandes in der Stadt als Videodarstellung. Anregung: Vergleichsbeispiele aus Dresden zum Themen des Naziterrors gegen Juden;
- die Würdigung von *Erich Zeigner* (17.02.1886 - 05.04.1949) als bedeutendsten Politiker aus Leipzig seit den 1920er Jahren, als linkssozialistischer Ministerpräsident in Sachsen und erster antifaschistischer Oberbürgermeister Leipzigs;
- Zeichen der Erinnerung und Mahnung setzen, erhalten und nutzen: Stolpersteine für Naziopfer, Gedenken an *Fritz Wehrmann*, dem letzten Opfer der Nazi-Militärjustiz aus Leipzig, wegen »Desertion« mit Kameraden noch am 10. Mai 1945 ermordet; Gedenkmarsch für die Opfer der SS-Todesmärsche Leipzig/Muldental u. a.;
- Vorbereitung einer Gedenkinstallation für die Opfer der Nazi-Deportationen auf dem Hauptbahnhof Leipzig. des Weiteren zielen Überle-

gungen auf eine öffentliche Bilder-Installation »Leipzig – Neuanfang in Trümmern« mit Fotos von *Karl-Heinz Mai*. Schließlich ist die weitere Erhaltung und Nutzung der Gedenkstätte für die Nazi-Zwangsarbeiter in Leipzig zu erwähnen.

MICHAEL FRIEDRICH

Herausforderungen an den Gesetzgeber zur Bewahrung kommunaler Handlungs- und Gestaltungsspielräume

Die Einladung, heute hier vor Ihnen sprechen zu dürfen, ist für mich eine Ehre. Einmal freue ich mich darüber als Nachbar des mächtigen Gravitationszentrums Leipzig, um das unser strukturschwacher Landkreis seine Bahnen zieht. Ich würde mich freuen, wenn es zukünftig eine noch bessere kommunale Zusammenarbeit zwischen unseren Gebietskörperschaften gäbe. Die Wirtschaftsförderung etwa böte sich dafür an. Es ist doch ein Unding, dass sich hier Leipzig, Halle, Nordsachsen und andere gegenseitig Konkurrenz machen, statt gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Kommunale Kooperation ist das Gebot der Stunde. Nur Kooperation wird uns als hochverschuldeter Landkreis helfen können, unseren aktuellen Haushaltsfehlbetrag von 25 Mio. Euro abzubauen.

Genauso gern aber spreche ich auch als ehemaliger Landespolitiker und amtierender Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums zu Ihnen. Ich hatte das Glück, fast zwei Jahrzehnte lang in die Gesetzgebungsarbeit in Dresden eingebunden gewesen zu sein und verfolge die aktuellen Entwicklungen hellwach und mit zunehmender Unruhe.

Die Stunde Null¹

Doch beginnen wir bei der Stunde Null, dem Jahr 1990. Von Haus aus Mathematiker war ich zunächst an der Leipziger Universität und nach der Promotion an der Akademie für Staat und Recht in Potsdam-Babelsberg tätig. Die Hoffnung meines Institutsdirektors, die nicht ganz so parteinahen Teile unseres Personalkörpers als eine Art Außenstelle der Verwaltungsfachhochschule in Speyer zu etablieren, die für die Einführung

1 Zwischenüberschriften von den Herausgebern.

der kommunalen Selbstverwaltung und der Länderstrukturen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR verantwortlich sein sollte, zerplatzte bald. Das Institut wurde abgewickelt wie so viele andere auch. Und ich fand mich schneller und intensiver als je gedacht als einer der sogenannten »Laienspieler« in der letzten Volkskammer und wenig später im Bundestag wieder.

Als ob es erst gestern gewesen wäre, erinnere mich noch genau an jene lange Nachtsitzung des Rechtsausschusses der Volkskammer Anfang Mai 1990, als nach einwöchiger Klausur gegen 3:30 Uhr die Kommunalverfassung der DDR fertiggestellt wurde. Alle waren wir damals überglücklich, dass dieser wichtige Gesetzesentwurf nun endlich vorlag. Anders als in späteren Zeiten gab es damals noch keine Fraktionszwänge. Alle konnten sich frei einbringen und taten dies auch ausgiebig. Es zählten allein die besseren Argumente. So war ich dann auch ein klein wenig stolz darauf, dass in der am darauffolgenden Tag verabschiedeten Kommunalverfassung zwei, drei Formulierungen enthalten waren, die auf mein Wirken zurückgingen. Das also war meine erste Begegnung mit kommunaler Selbstverwaltung – eine Begegnung in einer Atmosphäre, die einige der hier Versammelten an das spätere »Leipziger Modell« erinnern dürfte.

Mit diesem kooperativen, sehr sachorientierten Verhandlungsklima, das man der Volkskammer von außen so gar nicht zugetraut hätte, war mit der Währungsunion schlagartig Schluss. Auch im Sächsischen Landtag herrschten raue Sitten. Unter *Kurt Biedenkopf*, erst recht aber unter *Georg Milbradt* und *Stanislaw Tillich* wurde und wird ohne Rücksicht klar durchregiert – bis in die Ausschüsse hinein.

In jener Zeit war ich kommunalpolitischer Sprecher der PDS- und später der Linksfraktion, lange Zeit auch Leiter eines entsprechenden Kommunalarbeitskreises. Ich gehörte dem Innenausschuss – also dem heimlichen »Kommunalausschuss« – und dem Verfassungs- und Rechtsausschuss als Mitglied sowie dem Haushalts- und Finanzausschuss als Stellvertreter an. So war ich recht lange unmittelbar an der Kommunalgesetzgebung beteiligt und möchte vor allem aus diesen Erfahrungen heraus berichten.

Annahme der Sächsischen Landesverfassung

Streng genommen begann alles im Jahr 1992 mit der Annahme der Sächsischen Landesverfassung, die in ihren Artikeln 82 bis 90 eine für die damalige Zeit überraschend vorbildliche Ausformung der Grundlagen der Selbstverwaltung der Gemeinden enthält. Schon damals waren beispielsweise die Prinzipien des Vorranges der kommunalen Aufgabenerledigung, der dezentralen Verwaltungsstruktur und das sogenannte Konnexitätsprinzip in Artikel 85 Abs. (1) verankert, das Prinzip also der Übereinstimmung von Aufgaben- und Finanzverantwortung. Ich zitiere:

»Den kommunalen Trägern der Selbstverwaltung *kann* durch Gesetz die Erledigung bestimmter Aufgaben übertragen werden. Sie *sollen* ihnen übertragen werden, wenn sie von ihnen zuverlässig und zweckmäßig erfüllt werden können. *Dabei sind Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen.*« [Hervorhebung – M. F.]

Die Botschaft war klar: Wir als Gesetzgeber vertrauen grundsätzlich der kommunalen Vernunft, wohl wissend, dass sich diese nicht immer durchsetzt. Im Zweifel hat immer die Kommune das erste Zugriffsrecht vor zentralen Bürokratien. Wenn aber die Kommune sich die Aufgabe heranholt oder diese ihr übertragen wird, müssen der Aufgabe stets die Finanzen und natürlich auch das Personal folgen.

Solch Progressives wurde immerhin bereits 1992 beschlossen. Die meisten anderen Bundesländer haben sehr viel später ähnliche Normen in ihre Verfassungen geschrieben, der Bund bis heute nicht.

Angesichts explodierender Sozialausgaben und der allgemeinen Finanznot der Kommunen kommen natürlich sofort Zweifel auf, welchen praktischen Wert denn diese Verfassungsnormen haben. Ist das nicht alles pure Verfassungsglyrik, schließlich sieht die Wirklichkeit doch ganz anders aus?

Natürlich sieht die Wirklichkeit anders aus. Hier aber möchte ich festhalten, dass es keinesfalls gleichgültig ist, mit welcher Prägnanz die Verfassung – und im Übrigen auch Parteiprogramme! – den Stellenwert der Selbstverwaltung definieren. Verfassungsdefätismus sollte sich die LINKE jedenfalls nicht zueigen machen.

Kommunalgesetzgebung in Sachsen

Der Höhepunkt der produktiven Phase der Kommunalgesetzgebung in Sachsen waren zweifelsohne die Jahre 1993/1994. Innerhalb kürzester Frist – praktisch innerhalb eines Jahres – wurden die Sächsischen Gemeindeordnung, die Landkreisordnung, das Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, das Kommunalwahlgesetz, das Eigenbetriebsgesetz und auch noch das Kommunalabgabengesetz verabschiedet.

Als überdurchschnittlich kreativ möchte ich das kommunale Finanzausgleichsgesetz, das FAG, hervorheben. Das FAG mit seinem bis heute gültigen (vertikalen) Gleichmäßigkeitsgrundsatz kam erstmalig 1996 zur Wirkung. Etwas vereinfacht gesagt verlangt dieses Prinzip, dass es dem Freistaat und der kommunalen Familie in guten wie in schlechten Zeiten immer gleichermaßen gut bzw. schlecht gehen soll. Zu seiner Zeit war das eine fast geniale Neuerung. Bedeutet diese doch nicht mehr und nicht weniger, als dass es zwischen Land und Kommunen einen verlässlichen Solidarverbund zu geben hat. Das brachte den Kommunen zwar nicht unbedingt mehr Geld ein, wohl aber ein erhebliches Maß an finanzieller Planungssicherheit – bis heute, obwohl dieser Grundsatz in der Finanzkrise an seine Grenzen stößt und dringend weiterentwickelt werden muss.

Kritisch war das enorme Tempo der Gesetzgebungsarbeit. Ging dies doch zulasten der Gründlichkeit und der angemessenen Berücksichtigung sächsischer Spezifika. Bekanntlich standen unser Partnerland Baden-Württemberg und manchmal auch Bayern Pate. Zwar wurden die Gesetze nicht einfach mal so abgeschrieben und ins Sächsische übersetzt – das nicht. Die Berücksichtigung aber etwa der spezifisch sächsischen Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen, der Umgang mit den Altlasten der Treuhand, mit der problematischen demographischen Entwicklung oder auch mit den im Vergleich zum Westen völlig andersartigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen blieben durchweg unterbelichtet. Vor allem unterlag die Landtagsmehrheit damals und zum Teil noch bis heute dem Trugschluss, eine weitgehende Übernahme der in den Altbundesländern doch so bewährten Regelungen sei für Sachsen nicht nur notwendig, sondern auch hinreichend, um in kürzester Zeit zum »Standard West« aufzuschließen.

In den letzten Biedenkopf-Jahren und erst recht unter Milbradt und Tillich blieb von den produktiven Ansätzen der frühen 90-er Jahre nicht mehr viel übrig. So wäre es eigentlich sachgerecht gewesen, das zersplitterte sächsische Kommunalrecht nach fünf oder spätestens nach 10 Jahren Praxiswirksamkeit zu evaluieren und in einer *Einheitlichen Sächsischen Kommunalordnung* zusammenzufassen. Ein solches Vorhaben stand immerhin im schwarz-roten Koalitionsvertrag.

Realisiert wurden diese Pläne jedoch nie. Abgesehen von einigen europarechtlichen Regelungen, die Sachsen zwingend umsetzen musste, von einer halbherzigen Novellierung des Gemeindefinanzrechts und von der Einführung der Doppik passierte in all den Jahren zwischen 1996 und 2010 nichts wirklich Entscheidendes mehr. Vielmehr stellte sich in der Gesetzgebung eine lähmende intellektuelle Selbstgenügsamkeit ein. Offiziell begründet wurde diese Untätigkeit damit, es sei jetzt eben erst einmal wichtiger, sich auf einige wenige große Reformprojekte wie die Gemeindegebiets- und Stadt-Umland-Reform 1998/99 oder die Kreisgebiets- und Verwaltungsreform 2008 zu konzentrieren.

Novellierung der Sächsischen Kommunalgesetze

Es wird Aufgabe des 5. Sächsischen Landtages sein, diese Selbstblockade aufzubrechen und das gesamte Bündel der Sächsischen Kommunalgesetze umfassend zu novellieren. Dabei sollten die folgenden Zielstellungen ganz oben an stehen:

- Einführung des aktiven Wahlalters 16,
- Stärkung der Elemente der unmittelbaren Demokratie durch Entbürokratisierung der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, Absenkung der Quoren und Minimierung des »Negativkatalogs«,
- Stärkung der Ortschaftsräte,
- bessere Ausbalancierung der Machtverhältnisse zwischen dem direkt gewählten Bürgermeister und dem Hauptorgan Rat,
- Stärkung der Gemeindefinanzwirtschaft durch Wegfall der Subsidiaritätsklausel zugunsten der Privaten (§ 97 Abs. (1) Satz 1 Ziff. 3.) und die Einführung der Anstalt öffentlichen Rechts als neue Rechtsformen für kommunale Betriebe,

- Entbürokratisierung und Stärkung der Transparenz kommunaler Zusammenarbeit.

Weitere herangereifte Aufgaben sind die Novellierung des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes mit dem Ziel, die Belastungen für Bürger und Kommunen erträglich zu machen, die Aufgabenträger zu stärken und die demographische Entwicklung zu berücksichtigen.

Eine dringliche Aufgabe besteht in der Rückabwicklung der Sachsen-Finanzgruppe und in der Wiederherstellung einer einheitlichen leistungsfähigen Sparkassenlandschaft.

Gelöst werden muss das Problem, wie die Daseinsvorsorge in der Hand der Kommunen gesichert werden kann, ohne gegen europäisches Recht zu verstoßen. In diesem Zusammenhang sollte das Land den Kommunen logistische Hilfestellung bei Reprivatisierungsvorhaben geben.

Der Vorschlag der Landkreise und großen Städte ist aufzugreifen, über eine grundlegende Umgestaltung der Fördermittelpolitik (Regionalbudgets) die kommunale Verantwortung zu stärken und die Verfahren zu entbürokratisieren.

Finanznot der Kommunen

Abschließend sei auf einige Herausforderungen im Zusammenhang mit der erdrückenden Finanznot der Kommunen eingegangen.

Die Kürzungsorgien vor allem im sozialen Bereich sind voll angelaufen, aber sie sind wahrscheinlich erst die Spitze des Eisberges. Die Faktenlage ist allgemein bekannt. Im nächsten Doppelhaushalt des Freistaates fehlen 1,7 Mrd. Euro, und nach dem bisher gültigen Finanzausgleich bekämen die Kommunen jedes Jahr eine dreistellige Millionensumme weniger. Der wirklich tiefe Einbruch erfolgt also noch nicht in diesem Jahr, sondern erst 2011 und 2012. Angesichts dieser Tatsachen haben der bisher eher moderate Deutsche Städtetag und der Sächsische Städtetag die Tonlage dramatisch verschärft, sie schlagen berechtigt Alarm.

Was muss die Politik in dieser Situation tun? Mit unrealistischen Maximalforderungen, die zwar schön klingen, aber auf absehbare Zeit keine Chancen auf Umsetzung haben, ist den Kommunen nicht geholfen. Daher beschränke ich mich auf einige gut nachvollziehbare Vorschläge im Sinne eines kommunalen Rettungsschirmes, die auch bei anderen Frak-

tionen wie der SPD oder den Grünen und selbst bei dem nachdenklicheren Teil der CDU konsensfähig sein sollten.

Zunächst ist klar, dass die kommunalen Ausgaben schrumpfen werden. Das Gegenteil zu behaupten oder gar zu fordern wäre Augenauswischerei. Allerdings dürfen die Ausgaben nicht soweit schrumpfen, wie dies rein rechnerisch nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz erforderlich wäre. Das wäre wie eine Autofahrt ohne Stoßdämpfer. Schon heute haben viele Verwaltungshaushalte in den Kommunen einen frei verfügbaren Spielraum von nur noch zehn oder gar fünf Prozent, manche wie in Nordsachsen noch weniger.

Ohne freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben, ohne Vereinsförderung, Musikschule, Kultur, Jugend und Sport verkommt die Selbstverwaltung zur Farce. Deshalb sollte sich die Politik darauf verständigen, dass die Verwaltungshaushalte nicht völlig erdrosselt werden dürfen. In einer gemeinsamen Anstrengung sollte zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, dem Landtag und der Staatsregierung ein realistisches Kommunalfinanzkonzept erarbeitet werden, das kommunale Gestaltungsspielräume erhält und mehr ist als nur ein ideenloses Sparkonzept.

Nach diesem Kommunalfinanzkonzept muss der Gleichmäßigkeitsgrundsatz im FAG überarbeitet werden. Vor allem sollte ein ausreichender Sockelbetrag an Allgemeinen Deckungsmitteln bestimmt werden, der keinesfalls unterschritten werden darf. Dieser Sockelbetrag ist mittelfristig zu dynamisieren. Damit gäbe es künftig einen »Stoßdämpfer« für die Verwaltungshaushalte, damit diese nicht mehr unter einen kritischen Wert fallen. Um dahin zu kommen, bedarf es eines regelgebundenen Mechanismus, um die berühmt-berüchtigten Bugwellen im FAG abzuschneiden oder wenigstens zu glätten. Mathematisch gesehen wäre das kein Problem, man muss das nur politisch wollen.

Die diversen Vorsorgefonds für die Kommunen sollten jetzt in den Zeiten der Not zügig aufgelöst werden. Doch das wird bei Weitem nicht ausreichen. Deshalb darf die Frage gestellt werden, ob es denn besonders sinnvoll ist, auch in den kommenden finanzpolitischen Krisenjahren die Schuldentilgung des Freistaats im ursprünglich geplanten Umfang von jährlich über 70 Mio. Euro fortzusetzen. Wäre hier nicht eine zeitlich befristete *Tilgungsaussetzung* oder z. B. eine Halbierung der Tilgungsleistungen angezeigt, zumal in Zeiten der Krise antizyklisches Handeln angesagt ist?

Ebenso darf gefragt werden, ob es wirklich vertretbar ist, den unbestritten notwendigen Pensionsfonds für die Beamten auch in den Zeiten der Krise weiter so kräftig anzusparen. Gerade Sachsen war doch zu Recht immer stolz darauf, im Ländervergleich relativ wenige Beamte zu haben. Mit diesem Pfund sollten wir jetzt wuchern.

Speziell hier in Leipzig liegt die Frage auf der Hand, warum denn so wenig regierungsamtliche Gegenwehr zu beobachten ist, um die Kostenexplosion beim City-Tunnel (+ 400 Mio. Euro mindestens) einzudämmen bzw. die dafür Verantwortlichen stärker in die Pflicht zu nehmen. Eine ähnliche Frage muss für die Waldschlösschenbrücke in Dresden gestellt werden. Dort wurde der Kostenrahmen bereits um 25 Mio. Euro überschritten.

Schließlich ist der LINKEN-Fraktion zuzustimmen, wenn sie fordert, die Sonderlasten aus dem Desaster der Landesbank – immerhin eine Bürgschaft von 2,75 Mrd. Euro mit z. Zt. 800 Mio. Euro Rückstellungen – nicht aus dem laufenden Haushalt zu begleichen, sondern über langfristige Kredite zu finanzieren. Dazu wäre es notwendig, das von der CDU verordnete Denkverbot über die absolute Unzulässigkeit einer Neuverschuldung zumindest für einen begrenzten Zweck und eine begrenzte Zeit aufzuheben. Denkverbote sind eine besondere Form von Fundamentalismus. Dieser ist niemals gut, schon gar nicht in Krisenzeiten.

Natürlich bringen die genannten fünf Maßnahmen die Welt der Kommunal финанzen noch lange nicht in Ordnung. Wohl aber könnten sie die schlimmsten Verwerfungen in den Kommunalhaushalten besonders in den Jahren 2011 und 2012 verhindern helfen.

Erwartungen an die Bundespolitik

Ein wirklich großer Wurf wird hier nur gelingen, wenn es auch in der Bundespolitik einen Ruck gibt. Dazu gehört zuallererst und zuvörderst, die kommunalfeindlichen Steuersenkungen wie im »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« zurückzunehmen und auf neue Steuersenkungspläne zu verzichten. Danach sieht es gegenwärtig leider nicht aus. Deshalb ist außerparlamentarischer Widerstand das Gebot der Stunde. Vor allem von den Spitzenverbänden der Kommunen und Landkreise ist wesentlich mehr BISS zu erwarten, soll es zu einem Durchbruch kommen.

Nun hat sich zwar die Gemeindefinanzkommission im März konstituiert. Doch lässt deren äußerst beschränkter Arbeitsauftrag wenig Hoffnung auf ein positives Ergebnis aufkommen. Eher soll wohl die Kommission wie eine Beruhigungsspielle wirken. Im Grunde geht es nur um eine aufkommensneutrale Umverteilung des Steueraufkommens zwischen dem Bund und den Ländern mit dem kaum versteckten Auftrag, die Gewerbesteuer mittelfristig abzuschaffen und durch zusätzliche Umsatz- und Einkommenssteuerpunkte für die Kommunen, letzteres eventuell mit einem Hebesatzrecht für die Kommunen, zu ersetzen. Eine solche Entwicklung wäre für die Städte und Gemeinden verheerend, weil dies die Disproportionen zwischen armen und »reichen« Kommunen verschärfen würde.

Bedauerlich ist, dass das weitaus größte Problem, nämlich die Implementierung des Konnexitätsprinzips zwischen dem Bund und den Kommunen, mit dem die aus dem Ruder laufenden Sozialausgaben gerecht finanziert werden könnten, überhaupt nicht auf der Agenda der Reformkommission steht.

Aus den genannten Gründen bleiben die Kernforderungen der Partei DIE LINKE:

- nach einer bundesweiten Gemeindefinanzreform, die die Kommunen verlässlich aus ihrer Bittstellerrolle herausführt,
- nach der Einführung und Verfestigung einer Investitionszuschale,
- nach einem gesetzlich verbrieften Mitspracherecht der Kommunen bei kostenträchtigen Gesetzgebungsvorhaben und nicht zuletzt
- nach einer deutlichen Erhöhung des Bundesanteils *an den Kosten der Unterkunft* auf der Tagesordnung.

Abschließen möchte ich meinen Vortrag mit dem doch erfreulichen Fazit, dass die vergangenen 20 Jahre bewiesen haben, dass kommunale Selbstverwaltung und reale Bürgermitsprache bei kommunalpolitischen Entscheidungen einen wesentlichen zivilgesellschaftlichen Gewinn darstellen. Es ist eine dauerhafte Aufgabe, Bedingungen zu schaffen, damit dieser erfreuliche Gewinn tagtäglich erlebt wird.

Ich bin sehr froh, dass diese politische Position in der beginnenden Programmdebatte der Partei DIE LINKE zum Ausdruck kommt, wenngleich nicht mit der Deutlichkeit, die ich mir gewünscht hätte. M. E. muss es im Parteiprogramm noch deutlichere Akzentuierungen PRO kommu-

nale Selbstverwaltung und Partizipation der mündigen Bürgerinnen und Bürger und GEGEN die dominante Gläubigkeit an einen starken und alles ordnenden Staat geben.

Auch besteht zwischen unserer Forderung nach Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet einerseits und der natürlich entstehenden Ungleichheit *im* Ergebnis der Selbstverwaltung vor Ort, ja unterschiedlicher Entwicklungspfade und -tempi der Kommunen andererseits nicht per se ein Widerspruch. Wir als LINKE müssen es lernen, mit diesem Spannungsverhältnis vernünftig, d. h. dialektisch umzugehen. Insofern brauchen wir auch den kommunalen Wettbewerb um die besten Lösungen nicht zu fürchten. Die Grenze besteht für uns allerdings dort, wo soziale und andere Standards unterlaufen werden und ein kalter Wettbewerbsföderalismus Platz greift.

Aber die Programmdebatte hat ja gerade erst begonnen. Deshalb bin ich recht optimistisch, dass unsere Kommunalpolitik nicht nur in den Sonntagsreden unserer Partei, sondern auch in der Programmatik den ihr zustehenden Platz erhält.

Leipziger Kommunalpolitik 2010 – Rückblick und Ausblick

Nachdem meine Vorredner einen ausführlichen Überblick über die wechselvolle und spannende Geschichte der Leipziger Kommunalpolitik seit 1990 vermittelt haben und dabei eine Innen- und Außensicht gaben, nachdem Frau Bürgermeisterin *Heidi Lüth* den Charakter linker Kommunalpolitik ausgelotet hat, bleibt mir die Aufgabe, einen Blick auf die Leipziger Kommunalpolitik 2010 zu werfen.

Das ist eine spannende Aufgabe, der ich mich mit meiner ganz persönlichen Sicht stellen will. Diese Sicht ist zunächst aus dem Blick einer linksdenkenden Leipziger Bürgerin auf die Kommunalpolitik unserer Stadt gewachsen. Das zunehmende Interesse an Stadtpolitik – zu dem nicht zuletzt der ehemalige CDU-Finanzbürgermeister *Peter Kaminski* beitrug – führte mich dann 2004 in den Stadtrat und die damalige PDS-Fraktion. 2006 war es mir vergönnt, in die Nachfolge meines verehrten Fraktionsvorsitzenden *Lothar Tippach* einzutreten und zunächst mit seiner Begleitung, nunmehr ohne diese, die Geschicke der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat zu lenken und zu verantworten. Beides war und ist für mich eine große Herausforderung.

Die Zeit seit 2006 war geprägt vom Kampf um den Erhalt der Stadtwerke in kommunaler Hand, vom gelungenen Bürgerentscheid, von der Diskussion um zwanzig Jahre Wende, aber auch von der schwierigen und dennoch erfolgreichen Suche nach einem linken Kulturbürgermeister.

Sie war und ist geprägt von fünf Jahren Hartz-IV-Gesetzen und ihren Auswirkungen auf die Kommune, von immer schwieriger werdenden Haushaltsituationen, und nicht zuletzt vom »größten Wirtschaftskrimi der Stadt«¹, dem Finanzskandal bei den Kommunalen Wasserwerken.

1 So das »Handelsblatt« vom 18.1.2010.

Welche neue Situation brachten die Kommunalwahlen 2009?

Bekanntermaßen hat sich im Leipziger Stadtrat eine Situation ergeben, die erstmals zu sechs Fraktionen führte: je 17 Mitglieder bei den Linken und der CDU, 14 Mitglieder der SPD-Fraktion, zwölf Bündnisgrüne – darunter zwei aus der Wählervereinigung Leipzig –, jeweils vier Mitglieder der FDP- und der Bürgerfraktion, zwei fraktionslose Stadträte der NPD. Zur letzteren Problematik habe ich in der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 21. November 2009 schon ausführlich gesprochen, ich möchte deshalb hier nicht näher darauf eingehen, so wichtig das Thema auch ist.

Was brachte diese neue Konstellation mit sich?

Da ist zunächst einmal die Tatsache, dass keine Entscheidung mehr nur durch zwei Fraktionen allein getroffen werden kann – das birgt in sich Chance und Risiko zugleich. Chancen ergeben sich dort, wo zu Sachthemen fraktionsübergreifend um Mehrheiten gerungen werden muss. Und um Sachthemen geht es bei mehr als drei Vierteln aller Entscheidungen. Da greift das »Leipziger Modell« auf neue Weise.

Die Risiken konnten wir gerade bei der umstrittenen Wahl des CDU-Stadtrates *Torsten Bonew* zum Finanzbürgermeister erkennen: Mehrheiten pro *Bonew* haben sich hier als ebenso instabil erwiesen, wie jene gegen ihn. In einer solchen Situation, die den Stadtrat nahezu hälftig spaltet, ist allerdings auch der Oberbürgermeister in großer Verantwortung, und es ist fraglich, ob er dieser Verantwortung wirklich gerecht geworden ist.

Als Weiteres deutete sich die Möglichkeit eines bürgerlichen Mehrheitsbündnisses an – in der LVZ eifrig herbeigeschrieben. Auf die Interessenlage der Medien hat *Hinrich Lehmann-Grube* mit Recht verwiesen. Diese Mehrheit wird angestrebt von der CDU und FDP, wie deren abgestimmtes Wahlverhalten zeigt.

Die Bündnis-Grünen-Fraktion ist sich ihrer Rolle als Zünglein an der Waage wohl bewusst, wobei nach meinem persönlichen Eindruck ein solches Kraftgefühl eigene Konflikte zwar verdecken kann, diese aber nicht ausräumt.

Die FDP-Fraktion hat sich – faktisch noch vor ihrer Gründung – in zwei kleine Fraktionen gespalten. Abgesehen von den persönlichen Unverträglichkeiten innerhalb der FDP gelang es dort nicht, die jungfor-

schen Neoliberalen mit den alteingesessenen Stadtbürgern unter einen Hut zu bringen. Es sei mir gestattet, hier ein Bild aus der Botanik zu verwenden: Der lokal verwurzelten Bürgerfraktion fehlt es ein wenig an frischem Auftrieb und der austreibenden FDP-Fraktion an starken lokalen Wurzeln. Das trägt das Übrige dazu bei, dass eine bürgerliche Mehrheit sehr instabil ist. Daher wächst der Druck des bürgerlichen Lagers, um die SPD-Fraktion zu gewinnen.

Ist unter diesen Umständen eine Mehrheit links von der CDU und FDP möglich? Ist sie überhaupt notwendig?

Ich betone, dass es mir nicht um Koalitionen geht, sondern die Durchsetzung gemeinsamer Sachinteressen. Wie schon erwähnt – etwa drei Viertel der kommunalen Entscheidungen sind Sachentscheidungen mit breiter Konsensfähigkeit. Ob man einen Gullydeckel fünfzig Meter weiter links oder rechts versetzt, ist keine Frage des Parteibuches. Doch gerade in Zeiten knapper Kassen muss man Prioritäten setzen – demzufolge auch Nachrangigkeiten. Und die sind unterschiedlich bis gegensätzlich.

Wir verstehen uns als linke alternative Gestaltungspartei. Um Gestaltungswillen umzusetzen, braucht es Mehrheiten. Und ob wir es wollen oder nicht – da gibt es nur die SPD und die Bündnisgrünen. Und wir wollen es!

Die Notwendigkeit einer rot-rot-grünen Zusammenarbeit in Leipzig begründet sich im Kampf um den Erhalt sozialer Standards, um den sozialen Frieden zu erhalten. Die Notwendigkeit begründet sich in der Verteidigung des kommunalen Eigentums im Bereich der Daseinsvorsorge nach Ablauf des Bürgerentscheides. Die Notwendigkeit begründet sich in der Abwehr der CDU-FDP-Politik auf Bundes- und Landesebene und natürlich auch vor Ort.

Die Möglichkeit begründet sich auf gemeinsamen Themen und Forderungen, wie sie in den jeweiligen Kommunalwahlprogrammen zu finden sind. Wir sind hier natürlich politische Konkurrenten, aber können unsere Ziele nur gemeinsam verwirklichen. Da ist schon zwischen Wahlkampfzeiten und den Zeiten zwischen den Wahlen zu unterscheiden.

Sowohl das Programm »Leipzig – zusammen wachsen« der SPD als auch das Programm »Ein grünes Leipzig – Lebenswert, familienfreundlich und gerecht« der Partei Bündnis 90/ Die Grünen bieten inhaltliche

Gemeinsamkeiten mit dem Kommunalwahlprogramm der LINKEN »Für ein solidarisches Leipzig« bzw. lassen inhaltliche Annäherungen zu. Ich verweise hier auf die Haltung zu kommunalen Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge², zum Sozialticket³, auf die Arbeitsmarktpolitik⁴, auf die Haltung zu Kitas und frühkindlicher Bildung⁵, zu den Ausbildungsmöglichkeiten⁶, zur Kulturstadt Leipzig⁷, zum Öffentlichen Personennahverkehr⁸, zum bürgerschaftlichen Engagement⁹, die Chancengleichheit der Geschlechter¹⁰ sowie die Bekämpfung des Rechtsradikalismus¹¹. So sind in den Kommunalwahlprogrammen viele Positionen und Forderungen, die sich übereinbringen lassen. Übereinstimmungen gibt es inzwischen auch zur Einführung eines Mindestlohnes, der natürlich keine kommunale Angelegenheit ist.¹² Übereinstimmungen gibt es auch im Bekenntnis zum soliden und nachhaltigen Wirtschaften im Leipziger Stadthaushalt.¹⁵

Unterschiedliche Haltungen finden sich unter anderem zu public private partnership (PPP)¹⁴, zum Flughafen¹⁵, oder in der Prioritätensetzung einzelner Schwerpunkte. Kein Wunder – handelt es sich doch um unterschiedliche Parteien, und das soll ja auch so bleiben. Grundsätzliche Gegensätze von Relevanz sind in den drei Wahlprogrammen nicht festzustellen.

2 Vgl. »Für ein solidarisches Leipzig« [im Folgenden: LINKE]. S. 6; »Leipzig – zusammen wachsen« [im Folgenden: SPD]. S. 12; »Ein grünes Leipzig – Lebenswert, familienfreundlich und gerecht« [im Folgenden: B90/Grüne]. S. 13.

3 Vgl. LINKE. S. 22; SPD. S. 50; B90/Grüne. S. 5f.

4 Vgl. LINKE. S. 8; SPD. S. 10f.; B90/Grüne. S. 12.

5 Vgl. LINKE. S. 11ff.; SPD. S. 27ff.; B90/Grüne. S. 14ff.

6 Vgl. LINKE. S. 9; SPD. S. 28 f.; B90/Grüne. S. 15.

7 Vgl. LINKE. S. 25; SPD. S. 20ff., B90/Grüne. S. 7.

8 Vgl. LINKE. S. 22; SPD. S. 15; B90/Grüne. S. 5.

9 Vgl. LINKE. S. 25; SPD. S. 25; B90/Grüne. S. 16.

10 Vgl. LINKE. S. 15; SPD. S. 52; B90/Grüne. S. 18.

11 Vgl. LINKE. S. 24; SPD. S. 25; B90/Grüne. S. 17.

12 Vgl. LINKE. S. 8; SPD. S. 8; »Wer in der Krise das Soziale vernachlässigt, gefährdet die Zukunft unserer Kinder.« Beschluss des Grünen Parteitag vom 20.5.2010.

13 Vgl. LINKE. S. 50; SPD. S. 15; B90/Grüne. S. 15.

14 Vgl. LINKE. S. 7; SPD. S. 12.

15 Vgl. LINKE. S. 5; SPD. S. 15; B90/Grüne. S. 6.

Wie kann eine solche Mehrheit zustande kommen? Was tun wir dazu?

Die Möglichkeit dazu haben wir versucht auszuloten. Gleich nach der Kommunalwahl am 7. Juni 2009 erklärte ich für unsere Fraktion: »Unsere linke Handschrift bedeutet ... auch konstruktive Kooperationsbereitschaft ... Daher suchen wir wieder die sachbezogene Zusammenarbeit mit allen im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien. ... Die größten inhaltlichen Schnittmengen für eine sachbezogene Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren sehen wir mit den Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen.«¹⁶ Dieses Angebot wiederholte ich am 11. November 2009 auf der konstituierenden Stadtratssitzung.¹⁷

Und die potenziellen Partner?

Die Leipziger SPD hatte 2009 eine schwere Wahlniederlage zu verkraften, umso bitterer für sie, als diese zwar auch hausgemacht war – man denke an das Verhalten zum Bürgerentscheid – aber ihre Ursachen vorwiegend in der verfehlten Bundes- und Landespolitik hat (Stichworte: Hartz IV und Finanzausstattung der Kommunen). In der Tat ist es jetzt schwieriger für die Leipziger Sozialdemokraten, obwohl sie mit einem Oberbürgermeister und drei Bürgermeistern an oberster Stelle Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten für die Stadt tragen.

So erklärte der vormalige SPD-Stadtvorsitzende *Gernot Borriss* im Oktober 2009: »Für die SPD in ganz Deutschland gilt: Vertrauensverlust, zu wenig Profil, mangelnde Glaubwürdigkeit, keine hinreichend faszinierende Zukunftserzählung, keine stimmige Machtoption, unzureichende gesellschaftliche Vernetzung. Es übersteigt auf Dauer unsere Kräfte hier in Leipzig, uns davon ständig positiv abzuheben. Und natürlich sind auch wir vor Ort nicht fehlerfrei.«¹⁸ Und: »Wir müssen uns eingestehen, dass

¹⁶ Pressemitteilung der Linksfraktion vom 25.6.2009.

¹⁷ »Wir werden im Stadtrat weiterhin auf Zusammenarbeit in Sachfragen mit allen demokratischen Fraktionen setzen. ... Dabei sind wir bereit, Schnittmengen auszumachen und gemeinsam zu befördern Möglichkeiten für ein gemeinsames Agieren sehen wir auch mit denjenigen,« – und damit waren die Grünen gemeint – »deren Kommunalwahlprogramm in seiner Gliederung mit unserem identisch ist – wie es der Zufall so wollte.« Ilse Lauter, Rede auf der Ratsversammlung vom 11.11.2009.

¹⁸ Interview von Gernot Borriss mit der »Leipziger Volkzeitung« am 25.10.2009.

nach 19 Jahren Verantwortung für Leipzig die Spannkraft und die Reichweite unserer Politik nachgelassen haben.«¹⁹

Seine Schlussfolgerungen für die künftige Haltung zu den LINKEN ist: »Wenn es inhaltliche Schnittmengen gibt, dann kann es auch Situationen geben, in denen man diese Schnittmengen gemeinsam politisch umsetzt.«²⁰ Doch strebt er andere Bündnispartner an, nämlich einen Konsens vor allem mit den Parteien, »welche bei der Friedlichen Revolution im Jahre 1989 wesentlich mitgewirkt haben«²¹. Dazu kommentierte ich seinerzeit: »Herr Borriss will vor allem mit jenen Parteien einen Konsens bilden, welche im Jahre 1989 wesentlich an der Wende mitgewirkt haben. Also mit Bündnis 90, dem Neuen Forum und dem Demokratischen Aufbruch. Für welche Inhalte steht ein solcher Konsens in der Zukunft? ... Unser Angebot gilt weiter: Faire Zusammenarbeit in der Sache. Aber Fairness ist eine Sache aller Beteiligten, auch der Leipziger SPD.«²²

Im November 2009 zog der damalige Stadtvorsitzende der SPD die Konsequenzen aus der Wahlniederlage und trat zurück. Auf dem SPD-Parteitag am 27. Februar 2010 räumte der Generalsekretär der sächsischen SPD, *Dirk Panter*, Fehler in der Vergangenheit ein und bezog sich dabei auf Hartz IV und das Beispiel Ypsilanti. Er konstatierte: »Wir geben die Antworten, die die Menschen wollen, aber uns wollen die Menschen nicht.«²³

Der neu gewählte SPD-Stadtvorsitzende *Michael Clobes* stellte als eines der grundlegenden Ziele für 2013 die Wiederwahl von SPD-Oberbürgermeister *Burkhard Jung* vor. Auch dafür benötigt die SPD Mehrheiten. Doch gibt er der Suche nach gemeinsamen Schnittstellen mit den LINKEN eine Absage und stellt die SPD als die Partei der Mitte dar, die sich ihre Partner rechts und links jeweils aussuchen könne.²⁴

Das ist aus meiner Sicht ein fataler Irrtum. Und zwar aus mehreren Gründen. Zum einen: Will die SPD-Fraktion das Kommunalwahlprogramm ihrer Partei tatsächlich verwirklichen, kann sie das am besten

19 Ebenda.

20 Ebenda.

21 Ebenda.

22 Pressemitteilung der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat vom 25.10.2009.

23 Dirk Panter: Rede auf dem Parteitag der Leipziger SPD am 27.2.2010. [Eigene Aufzeichnung – I. L.]

24 Michael Clobes: Rede auf dem Parteitag der Leipziger SPD am 27.2.2010. [Eigene Aufzeichnung – I. L.]

mit uns und den Grünen. Zum anderen benötigt auch die SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat immer zwei Partner, um Mehrheiten zu erzielen – und bildet damit die Ecke eines Dreiecks und nicht die Mitte zwischen zwei Punkten.

Darüber hinaus trägt eine solche »Bäumchen-wechsle-dich-Politik« bestimmt nicht dazu bei, wieder an Profil zu gewinnen. Bei der Wahl zum Finanzbürgermeister im März 2010 wurde das sehr deutlich. Hier ging es bei der SPD-Fraktion und dem Oberbürgermeister weniger um »Partner, wechsle dich« als vielmehr um »Meinung, wechsle dich« – eine Profilschärfung sieht anders aus. Und wenn es stimmt, dass das Leipziger Modell eine »stark ausgeprägte exekutive Führerschaft«²⁵ voraussetzt, dann ist hier ein erheblicher Schwachpunkt deutlich geworden. Und eine solche Fraktion wird es schwer haben, drei Bürgermeister der SPD zu verteidigen.

Die Bündnis-Grüne-Fraktion kann zurzeit vor Kraftgefühl anscheinend kaum mehr laufen. Doch bei allen inhaltlichen Gemeinsamkeiten mit der LINKEN und der SPD, die ich vorhin darstellte, darf man eines nicht vergessen: Sie sind keine Linken. Um hier ein stadträumliches Bild zu gebrauchen, hat sich bei den Bündnis-Grünen ein Trend von der Connewitzer Alternative zur Schleußiger Elite vollzogen. Eliten sind jedoch im Allgemeinen für Fragen der sozialen Gerechtigkeit weniger zugänglich. Sicher können sie bisherige Positionen nicht ohne Gesichtsverlust verlassen, so zum Erhalt kommunaler Unternehmen und zum Sozialticket. Sie bemühen sich um Dominanz in Politikfeldern wie dem Fluglärm. Doch überließen sie uns auch grüne Themen recht schnell, wenn es brenzlich wurde – ich erinnere nur an die zum Teil unsäglichen Debatten zur Umweltzone im Wahlkampf, als die Grünen im allgemeinen tapfer stille hielten und dem linken Umweltbürgermeister das Schlachtfeld überließen.

Nach den Kommunalwahlen erklärte der Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen: »Vor allem die Parteien, welche bei der Friedlichen Revolution im Jahre 1989 wesentlich mitgewirkt haben, sind zu einem Konsens im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung Leipzigs gefordert.

25 Vgl. Lothar Tippach: »Das Leipziger Modell – ein unkonventioneller Ansatz kommunaler Entscheidungsfindung« in der vorliegenden Publikation, S. 17ff.

In diesem Sinne werden wir uns für einen Neubeginn der Leipziger Kommunalpolitik einsetzen.«²⁶

Von einem solchen Neubeginn war allerdings bisher noch nicht viel zu spüren. Die Unterstützung der CDU-Fraktion in vielen Punkten war sicher nicht davon geleitet, dass die Bündnisgrünen der CDU bescheinigen, sie habe an der friedlichen Revolution 1989 wesentlich mitgewirkt. Vielmehr hat es den Anschein, als würde der von den Grünen so verteuflerte Postenschacher munter von ihnen selbst betrieben – »the same procedia as every year« – diesmal wohl mit der Hoffnung auf einen künftigen grünen Bürgermeister. Doch auch die Bündnis-Grüne-Fraktion ist nicht einheitlich. Und für sie gilt ebenfalls: Wollen sie ihr Kommunalwahlprogramm verwirklichen, geht das bestimmt nicht mit der CDU und der FDP. So wies der wieder gewählte Vorstandssprecher der Grünen, *Jürgen Kasek*, zurecht »Uarmungen von CDU und FDP zurück, die in den Grünen einen möglichen Partner für eine Ratsmehrheit sehen«. »Dieses Postulieren von Machtansprüchen ist ein Akt der politischen Maßlosigkeit«, hob *Kasek* hervor: »Mit uns wird es keine bürgerliche Mehrheit geben. Wir reden über Inhalte.«²⁷

Und ein Ausblick

Als Stadträte haben wir uns verpflichtet, »das Wohl der Stadt Leipzig und das ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nach Kräften zu fördern«²⁸. Entsprechend unseres Kommunalwahlprogramms sind unsere Schwerpunkte dabei:

1. Würdige Arbeit und bürgernahe kommunale Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung;
2. Soziale Gerechtigkeit und ein selbst bestimmtes Leben;
3. Leben in einer familienfreundlichen, grünen und gesunden Stadt;
4. Leipzig als einladende Stadt für ihre Bürgerschaft.²⁹

²⁶ Pressemitteilung der Grünen Stadtratsfraktion vom 21.8.2009.

²⁷ »Leipziger Volkszeitung« vom 21.5.2010.

²⁸ Geschäftsordnung der Stadt Leipzig, I, §1 (1).

²⁹ Ilse Lauter, Rede auf der Ratsversammlung vom 11.11.2009.

Die Stadtratsfraktion der LINKEN wird die soziale Kälte und die finanziellen Nöte zeigen, die schwarz-gelbe Koalitionen über Bürger und Kommunen bringen. Wir werden auch betonen, welche Rolle zuvor »schwarz-rot« und vorher »grün-rot« in der Bundespolitik gespielt haben. Deren gemeinsame Verantwortung für Hartz IV, für die ausbleibende Gemeindefinanzreform u.a.m. wird nicht vergessen, jedenfalls nicht von uns.

Doch können die übereinstimmenden Ansätze von SPD, Bündnis-Grünen und uns auch nur gemeinsam durchgesetzt werden. Unsere Aufgabe wird es sein, Mehrheiten für diese Politik zu gewinnen, ohne dabei unser eigenes Profil zu verlieren. Das geht am besten, wenn wir klar erkennbar bleiben als Linke, die sozial, solide und nachhaltig handeln. Da sehen wir uns in der Tradition der vorhergehenden PDS-Fraktionen, da sehe ich mich in der Tradition unseres langjährigen Fraktionsvorsitzenden.

ANHANG

Ergebnisse der Kommunalwahlen in Leipzig 1990 - 2009

Wahlergebnis Stadt Leipzig 1990

Am 6. Mai 1990 wurden zur Leipziger Stadtverordnetenversammlung 128 Abgeordnete auf vier Jahre gewählt.

Die Wahl erfolgte aufgrund von Wahlvorschlägen in 10 Wahlkreisen.

Wahlergebnis Stadt Leipzig insgesamt

	absolut	%	Sitze
Wahlberechtigte	411.594	x	
Wähler	289.523	70,3	
Ungültige Stimmzettel	7.250	2,5	
Gültige Stimmen	840.120	x	
davon...			
SPD	296.201	35,3	45
CDU	225.208	26,8	34
PDS	108.866	13,0	17
Bündnis 90	65.081	7,5	10
DSU	35.735	4,3	6
Bund Freier Demokraten	33.983	4,0	5
Grüne	30.954	3,7	5
F.D.P.	9.689	1,2	2
Demokratischer Frauenbund			
Deutschlands	5.952	0,7	1
Einzelbewerber Magirus	5.639	0,7	1
Unabhängiger Frauenverband	5.545	0,7	1
Volkssolidarität	3.917	0,5	1

Wahlergebnis Stadt Leipzig insgesamt 12. Juni 1994

	absolut	%	Sitze
Wahlberechtigte	381.547	x	
Wähler	221.070	57,9	
Ungültige Stimmzetteln	8.240	3,7	
Gültige Stimmen	606.287	x	
davon ...			
SPD	181.431	29,9	21
CDU	141.610	23,4	17
PDS	158.996	22,9	16
GRÜNE	85.574	13,8	10
F.D.P.	20.848	3,4	2
DSU	21.702	3,6	2
BAUMANN	519	0,1	-
FORUM	17.607	2,9	2

Wahlergebnis Stadt Leipzig insgesamt 13. Juni 1999

	absolut	%	Sitze
Wahlberechtigte	385.602	x	
Wähler	161.725	42,2	
Ungültige Stimmzetteln	4.852	3,0	
Gültige Stimmen	449.772	x	
davon			
SPD	117.643	26,2	19
CDU	144.088	32,0	23
PDS	115.657	25,7	19
GRÜNE	33.520	7,5	5
DSU	6.314	1,4	1
F.D.P.	11.560	2,6	1
FORUM	7.436	1,7	1
UWM	1.984	0,4	-
(WV VS)	11.570	2,6	1

Wahlergebnis Stadt Leipzig insgesamt 13.Juni 2004

	absolut	%	Sitze
Wahlberechtigte	599.581	x	
Wähler	154.052	38,6	
Ungültige Stimmzettel	4.505	2,9	
Gültige Stimmen	454.595	x	
davon			
CDU	110.917	25,5	19
SPD	116.695	26,9	19
PDS	115.225	26,1	19
GRÜNE	45.627	10,0	7
WV VS-BA	11.537	2,6	1
FDP	19.564	4,5	3
FORUM	6.907	1,6	1
DSU	7.927	1,8	1
DG	1.704	0,4	-
PLB	2.494	0,6	-

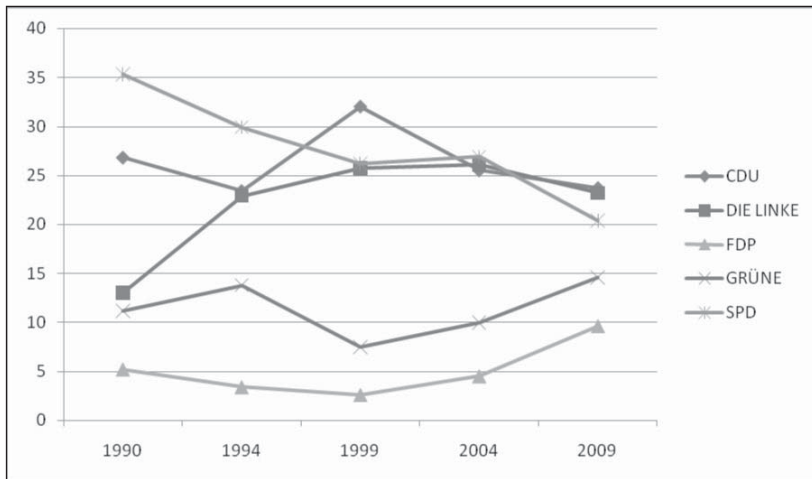
Wahlergebnis Stadt Leipzig 9. Juni 2009

	absolut	%	Sitze
Wahlberechtigte	420.502	x	
Wähler	175.986	41,4	
Ungültige Stimmzettel	5.810	2,2	
Gültige Stimmen	495.454	x	
davon ...			
SPD	100.862	20,4	14
DIE LINKE	114.858	23,2	17
CDU	117.518	23,7	17
GRÜNE	72.427	14,6	10
FDP	47.550	9,6	7
WVL	14.600	2,9	2
DSU	4.775	1,0	-
FORUM	8.551	1,7	1
NPD	14.515	2,9	2

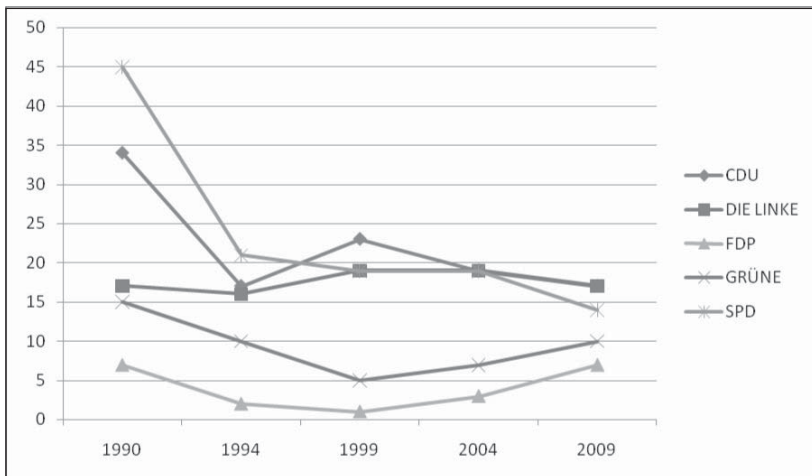
Kommunalwahlen in der Stadt Leipzig – Wahlergebnisse 1990 – 2009

Dargestellt sind Parteien mit mehr als fünf Prozent Stimmenanteil 2009.

a) Anteil der gültigen Stimmen in Prozent



b) Anzahl der Sitze



DIE LINKE: bis 2004 PDS.

1990: GRÜNE einschließlich Bündnis 90; FDP einschließlich Bund Freier Demokraten.

Autorenverzeichnis

Brinkel, Wolfgang, Jahrgang 1946, Diplomsozialarbeiter, Publizist
1990 – 1994 persönl. Referent des Leipziger Stadtpräsidenten Friedrich Magirius, 1994 – 2001 Leiter des Büros für Ratsangelegenheiten der Stadt Leipzig, 1996 – 1998 Leiter des Büros des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig

Friedrich, Michael, Dr. sc. rer. pol., Jahrgang 1951, Diplommathematiker, Verwaltungswissenschaftler
Landtagsabgeordneter a. D., Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums Sachsen e. V., Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag Nordsachsen, langjähriger kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Sächsischen Landtag

Lauter, Ilse, Dr. phil., Jahrgang 1954, Diplomlehrerin, Diplomphilosophin, Fachübersetzerin
Bis 1991 Wiss. Mitarbeiterin an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Sozialpädagogin und Lehrerin, seit 1994 Stadträtin in Leipzig, seit 2006 Fraktionsvorsitzende DIE LINKE

Lehmann-Grube, Hinrich, Dr. jur., Jahrgang 1952, Diplomjurist, Verwaltungsbeamter in Köln und Hannover
1990 – 1998 Oberbürgermeister in Leipzig, Ehrenbürger der Stadt Leipzig

Lüth, Heidemarie, Jahrgang 1946, Diplomlehrerin
1990 – 1994 Stadtverordnete in Leipzig, 1994 – 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 2005 Bürgermeisterin in Chemnitz

Tippach, Lothar, Dr. oec., Jahrgang 1936, Diplomwirtschaftler,
Oberassistent bzw. wiss. Hochschulmitarbeiter
1990 – 2009 Stadtrat in Leipzig, 1990 – 2006 Vorsitzender der PDS-Fraktion
bzw. der Fraktion DIE LINKE

Wienhold, Hans-Joachim, Dr. sc. oec., Jahrgang 1934, Werkzeugmacher,
Diplom-Ökonom
Wiss. Tätigkeit und Hochschullehrer an der Karl-Marx-Universität Leipzig,
nach 1990 Betätigung in Vereinen u. a. der Friedens-, Ausländer- und
Antinazi-Arbeit, Sprecher des Leipziger Komitees für Gerechtigkeit e. V.